



STADT PENZBERG

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES

Sitzungsdatum: Dienstag, 30.01.2018
Beginn: 18:15 Uhr
Ende: 22:30 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

ANWESENHEITSLISTE

Erste Bürgermeisterin

Zehetner, Elke

Mitglieder des Stadtrates

Adler, Klaus
Anderl, André
Bartusch, Regina
Bauer, Johannes, Dr.
Bocksberger, Markus

Das Stadtratsmitglied Herr Bocksberger war beim TOP Ö 1 abwesend.

Engel, Kerstin, Dr.
Frohwein-Sendl, Ute
Geiger, Christine
Kammel, Rüdiger
Keller, Thomas
Kleinen, Markus
Kühberger, Michael
Leinweber, Adrian
Lenk, Hardi
Meindl, Susanne
Mende, Reinhard

Das Stadtratsmitglied Herr Mende war ab dem TOP Ö 3 anwesend.

Niebling-Rößle, Dorle

Das Stadtratsmitglied Frau Niebling-Rößle war bis zum TOP Ö 2 anwesend.

Probst, Maria-Walburga
Reitmeier, Manfred
Sacher, Wolfgang
Schmuck, Ludwig
Zöllner, Michael

Das Stadtratsmitglied Herr Zöllner war bei dem TOP Ö 1 und Ö 2 abwesend.

Schriftführerin

Koller, Daniela

Verwaltung

Blank, Johann
Holzmann, Peter
Klement, Justus
Reis, Roman

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Eberl, Jack
Herold, Andreas
Lisson, Nick

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|-------------|---|------------|
| 1 | Frau Dorle Niebling-Rößle: Ausscheiden aus dem Stadtrat der Stadt Penzberg | 1/003/2018 |
| 2 | Frau Dorle Niebling-Rößle: Verabschiedung aus dem Stadtrat der Stadt Penzberg | 1/004/2018 |
| 3 | Herr Reinhard Mende: Vereidigung als neues Stadtratsmitglied | 1/005/2018 |
| 4 | Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Penzberg: Änderung der Besetzung | 1/006/2018 |
| 5 | Referenten der Stadtratsfraktion BfP: Ernennung von Herrn Reinhard Mende als Referenten für Bildungswesen | 1/007/2018 |
| 6 | Seniorenbeirat: Bestätigung von Herrn Sigfried Höfler als neues Mitglied | 1/024/2018 |
| 7 | Genehmigung des Protokolls vom 12.12.2017 | 1/008/2018 |
| 8 | Personalvorstellung | 1/025/2018 |
| 9 | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 9.1 | Termine: Bekanntgabe | 1/009/2018 |
| 9.2 | Museum Penzberg - Sammlung Campendonk: Nächste Ausstellung | 1/012/2018 |
| 9.3 | Hannis Eismärchen: Vorstellung der Besucherbilanz | 1/026/2018 |
| 9.4 | Kommunale Mandatsträger: Informationsbroschüre über die Rechte und Pflichten von Stadtratsmitgliedern | 1/016/2018 |
| 9.5 | Sonstige Mitteilungen und Anfragen | 1/017/2018 |
| 10 | Art. 52 Abs. 3 GO: Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse bei denen der Grund der Geheimhaltung weggefallen ist | 1/010/2018 |
| 11 | Presse- und Bürgerinformation: Ausweitung | 1/027/2018 |
| 12 | Haushaltssatzung 2018 und Finanzplan 2017-2021: Beschluss | 2/008/2018 |
| 13 | Jugendparlament | |
| 13.1 | Wahlzeit: Beendigung und Neuwahlen | 1/021/2018 |
| 13.2 | Öffentliche Grillplätze: Entscheidung | 1/022/2018 |
| 13.3 | Nachtbus: Entscheidung | 1/020/2018 |
| 14 | Hotel: Vorstellung der Analyse als Basis für eine strategische Bürgerinformation und einen Bürgerdialog durch Hr. Schreyer von Hendricks & Schwartz | 1/018/2018 |

Erste Bürgermeisterin Elke Zehetner eröffnet um 18:15 Uhr die öffentliche Sitzung des Stadtrates, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1 Frau Dorle Niebling-Rößle: Ausscheiden aus dem Stadtrat der Stadt Penzberg

1. Vortrag:

Das Stadtratsmitglied Frau Dorle Niebling-Rößle beantragt mit Schreiben vom 19.12.2017 aus persönlichen Gründen ihre Entlassung aus dem Ehrenamt als Stadtratsmitglied. Für die Niederlegung muss entgegen der früheren Rechtslage kein wichtiger Grund gem. Art. 19 Abs. 1 Sätze 2 und 3 GO mehr vorliegen. Um die Freiheit des Mandats zu stärken, wurde mit dem Gesetz zur Änderung des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes und anderer Vorschriften vom 16.02.2012 in Art. 47 Abs. 1 Satz 3, 48 Abs. 1 Satz 2 GLKrWG bestimmt, dass weder für die Annahme der Wahl noch für die Ablehnung der Übernahme des Amtes oder dessen Niederlegung Art. 19 GO Anwendung findet. Allerdings sollte der Stadtrat als deklaratorischen Gründen das Ausscheiden von Frau Dorle Niebling-Rößle per Beschluss bestätigen.

2. Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Stadtrat beschließt den Austritt von Frau Dorle Niebling-Rößle aus dem Stadtrat der Stadt Penzberg zum 30.01.2018 festzustellen.

3. Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, den Beschlussvorschlag der Verwaltung zum Beschluss zu erheben.

Einstimmig beschlossen Ja 20 Nein 0

2 Frau Dorle Niebling-Rößle: Verabschiedung aus dem Stadtrat der Stadt Penzberg

1. Vortrag:

Sehr geehrte Frau Stadträtin Niebling-Rößle,

Sie haben mit Schreiben vom 19.12.2017 aus persönlichen Gründen die Niederlegung ihres Stadtratsmandats beantragt. Der Stadtrat gibt Ihrem Rücktrittsgesuch mit der heutigen Sitzung statt.

Sehr geehrte Frau Stadträtin Niebling-Rößle,

Sie traten am 01.05.2008 als Mitglied der BfP-Stadtratsfraktion in den Stadtrat ein. Neben Ihrer Tätigkeit als Stadträtin waren Sie Mitglied im Ausschuss für Verwaltungs-, Finanz- und Sozialangelegenheiten und als zweite Stellvertreterin im Ausschuss für Stadtentwicklung-, Bau- und Verkehrsangelegenheiten tätig. Während Ihrer Wirkungszeit kümmerten Sie sich als Bildungsreferentin mit einem großartigen Einsatz vor allem für die Belange des Schulwesens und der Kinderbetreuungseinrichtungen.

Wir bedauern Ihr Ausscheiden sehr. Sie übten Ihr Mandat mit großem Fleiß und Sachverstand aus und erlangten fraktionsübergreifend große Anerkennung und Respekt.

Ich wünsche Ihnen privates Wohlergehen und vor allem beste Gesundheit. Sie schreiben selbst: Bisläng war Ihr Leben von viel Pflicht geprägt, jetzt genießen Sie die Zeit der Kür! Diese Wünsche spreche ich auch im Namen des gesamten Stadtrates und der Verwaltung aus.

Glück Auf!

Ihre Elke Zehetner
Erste Bürgermeisterin

Zur Kenntnis genommen

3 Herr Reinhard Mende: Vereidigung als neues Stadtratsmitglied

Vortrag:

Das Stadtratsmitglied Frau Niebling-Rößle (BfP) ist aus dem Stadtrat ausgeschieden. Dies hat der Stadtrat in der heutigen Sitzung am 30.01.2018 festgestellt.

Als erster Listennachfolger ist mit Schreiben vom 03.01.2018 Herr Reinhard Mende über das Nachrücken als Stadtratsmitglied unterrichtet worden.

Herr Mende nimmt das Ehrenamt als Stadtratsmitglied mit Schreiben vom 09.01.2018 an (Art. 47 GLKrWG).

Gemäß Art. 31 Abs. 4 GO hat er folgenden Eid zu leisten:

„Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern.

Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflicht gewissenhaft zu erfüllen.

Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen, so wahr mir Gott helfe.“

Der Eid kann auch ohne die Worte „so wahr mir Gott helfe“ geleistet werden. Statt der Worte: „ich schwöre“, können auch die Worte: „ich gelobe“ oder eine gleichwertige Beteuerungsformel einer anderen Religions- bzw. Weltanschauungsgemeinschaft, dem das Stadtratsmitglied angehört, verwendet werden.

2. Sitzungsverlauf:

Erste Bürgermeisterin Elke Zehetner vereidigte in feierlicher Form das neu berufene Stadtratsmitglied Herrn Reinhard Mende gem. Art. 31 Abs. 4 GO. Das neu berufene Stadtratsmitglied sprach den Eid in der vorgeschriebenen Form nach.

Zur Kenntnis genommen

4 Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Penzberg: Änderung der Besetzung

1. Vortrag:

Der Stadtrat hat neben dem Rechnungsprüfungsausschuss und dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau- und Verkehrsangelegenheiten den Ausschuss für Verwaltungs-, Finanz- und Sozialangelegenheiten gebildet. Die Besetzung erfolgt durch die, den Stadtrat bildenden Fraktionen gemäß ihren Vorschlägen. Die Anzahl der Ausschussmitglieder je Stadtratsfraktion richtet sich nach dem Verhältnis ihrer Sitzstärke im Stadtrat.

Das ausgeschiedene, ehemalige Stadtratsmitglied Frau Dorle Niebling-Rößle war Mitglied im Ausschuss für Verwaltungs-, Finanz- und Sozialangelegenheiten. Ferner war sie zweite Stellvertreterin im Ausschuss für Stadtentwicklungs-, Bau- und Verkehrsangelegenheiten.

Nachdem das Vorschlagsrecht für die Neubesetzung der BfP Stadtratsfraktion obliegt, ist die Bestellung einer anderen, als der von ihr vorgeschlagenen Person nicht zulässig (Art 33 Abs. 1 GO). Der Stadtrat ist also an die Vorschläge gebunden und hat einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Seitens der BfP Stadtratsfraktion wurde vorgeschlagen, Herrn Reinhard Mende in den Ausschuss für Verwaltungs-, Finanz- und Sozialangelegenheiten zu berufen. Ferner sollen Herr Reinhard Mende als erster Stellvertreter und Herr Rüdiger Kammel als zweiter Stellvertreter Herrn Manfred Reitmeier künftig im Ausschuss für Stadtentwicklung-, Bau- und Verkehrsangelegenheiten vertreten.

Herr Reinhard Mende soll zudem im Haushaltsausschuss die zweite Stellvertreterfunktion einnehmen.

2. Beschlussvorschlag der Verwaltung:

a) Der Stadtrat beschließt das Stadtratsmitglied Herrn Reinhard Mende als Mitglied in den Ausschuss für Verwaltungs-, Finanz- und Sozialangelegenheiten, als ersten Stellvertreter von Herrn Manfred Reitmeier in den Ausschuss für Stadtentwicklung-, Bau- und Verkehrsangelegenheiten und als zweiten Stellvertreter von Herrn Wolfgang Sacher in den Haushaltsausschuss zu berufen.

b) Der Stadtrat beschließt Herrn Rüdiger Kammel als zweiten Stellvertreter von Herrn Manfred Reitmeier in den Ausschuss für Stadtentwicklung-, Bau- und Verkehrsangelegenheiten zu berufen.

3. Beschluss:

zu a) Der Stadtrat beschließt, das Stadtratsmitglied Herrn Reinhard Mende als Mitglied in den Ausschuss für Verwaltungs-, Finanz- und Sozialangelegenheiten, als ersten Stellvertreter von Herrn Manfred Reitmeier in den Ausschuss für Stadtentwicklung-, Bau- und Verkehrsangelegenheiten und als zweiten Stellvertreter von Herrn Wolfgang Sacher in den Haushaltsausschuss zu berufen.

Einstimmig beschlossen Ja 21 Nein 0

zu b) Der Stadtrat beschließt Herrn Rüdiger Kammel als zweiten Stellvertreter von Herrn Manfred Reitmeier in den Ausschuss für Stadtentwicklung-, Bau- und Verkehrsangelegenheiten zu berufen.

Einstimmig beschlossen Ja 21 Nein 0

1. Vortrag:

Der Stadtrat hat in seiner konstituierenden Sitzung am 06.05.2014 gem. § 12 GeschO für bestimmte Aufgabengebiete Referate zur Wahrnehmung seiner Interessen gebildet und dafür aus seinen Reihen Referenten bestellt. In der darauffolgenden Verteilung der einzelnen Bereiche einigte sich das Gremium darauf, alle 24 Stadtratsmitglieder mit einem Tätigkeitsbereich zu betrauen.

Das ausgeschiedene Stadtratsmitglied, Frau Dorle Niebling-Rößle war Referentin für Bildungswesen. Die BfP-Stadtratsfraktion schlägt vor, künftig als Bildungsreferenten Herrn Reinhard Mende zu benennen.

2. Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Stadtrat beschließt, Herrn Reinhard Mende als Bildungsreferenten zu benennen.

3. Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, den Beschlussvorschlag der Verwaltung zum Beschluss zu erheben.

Einstimmig beschlossen Ja 21 Nein 0

6 Seniorenbeirat: Bestätigung von Herrn Sigfried Höfler als neues Mitglied

1. Vortrag:

Am 28.11.2015 hat die neue dreijährige Amtszeit des Seniorenbeirats der Stadt Penzberg begonnen. Gemäß § 4 der Seniorenbeiratssatzung kann für die Restdauer einer Amtsperiode, bei Ausscheiden eines Mitgliedes, ein Ersatzmitglied ernannt werden.

Frau Marianne Niedermaier hat ihr Amt aus persönlichen Gründen niedergelegt. Als Nachfolger von Frau Marianne Niedermaier wurde Herr Sigfried Höfler vorgeschlagen. Die Mitglieder sind gem. § 2 Nr. 2 der Seniorenbeiratssatzung vom Stadtrat zu bestätigen.

2. Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Stadtrat beschließt Herrn Sigfried Höfler als Nachfolger für Frau Marianne Niedermaier als Mitglied des Seniorenbeirates zu bestätigen.

3. Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, den Beschlussvorschlag der Verwaltung zum Beschluss zu erheben.

Einstimmig beschlossen Ja 21 Nein 0

7 Genehmigung des Protokolls vom 12.12.2017

1. Vortrag:

Die Erste Bürgermeisterin Elke Zehetner stellt an die Mitglieder die Frage, ob es über das Protokoll zu den Tagesordnungspunkten der öffentlichen Sitzung vom 12.12.2017 Einwendungen gibt.

2. Sitzungsverlauf:

Es erfolgen keine Einwände. Das Protokoll gilt somit als angenommen.

Zur Kenntnis genommen

1. Vortrag:

Dem Stadtrat stellen sich folgende Beschäftigte vor:

- Herr Uwe Maaß aus Bad Heilbrunn, eingestellt zum 01.01.2018 für den Bauhof / Campingplatz
- Herr Nico Burger aus Penzberg, eingestellt zum 01.01.2018 in der Abteilung Grünanlagen am Bauhof und Friedhof
- Herr Rainer Knapp aus Ohlstadt, eingestellt zum 01.01.2018 für das Personalamt

2. Sitzungsverlauf:

Die Vorstellung von Herr Uwe Maaß fällt krankheitsbedingt aus. Dafür stellt sich zusätzlich Frau Freia Oliv vor, eingestellt zum 02.01.2018 als Leiterin des Stadtmuseums.

Zur Kenntnis genommen

9 Mitteilungen der Verwaltung

9.1 Termine: Bekanntgabe

Vortrag:

Termine:

Freitag, 02. Februar	Stillcafé (11:00 Uhr), Stadtbücherei
Dienstag, 06. Februar	Candle-light Schwimmen, Wellenbad
Donnerstag, 08. Februar	Faschingskonzert der Musikschule in der Aula der Grundschule, Südstr.
Samstag, 10. Februar	Kinderfasching der Stadt Penzberg
Sonntag, 11. Februar	Gaudiwurm und Faschingstreiben, Innenstadt
Montag, 12. Februar	Jungritterball, Stadthalle
Mittwoch, 14. Februar	MittwochsLeser – Vorlesen für Erwachsene (16:00 Uhr), Stadtbücherei
Freitag, 16. Februar	FreitagsSpieler – Spieletreff für Jugendliche und Erwachsene (16:00 Uhr), Stadtbücherei
19. Februar – 25. Februar	Obstwoche in der Sauna, Wellenbad
Dienstag, 20. Februar	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau- und Verkehrsangelegenheiten
Mittwoch, 21. Februar	Verwaltungsrat, GmbH, Zweckverband
Dienstag, 27. Februar	Stadtrat

Zur Kenntnis genommen

9.2 Museum Penzberg - Sammlung Campendonk: Nächste Ausstellung

1. Vortrag:

Die Ausstellung „Tiefenlicht“ im Museum Penzberg – Sammlung Campendonk endet am 04. Februar 2018. Nach einer kurzen Schließzeit erfolgt eine vorübergehende Ausstellung mit Exponaten des Künstlers Heinrich Campendonk. Im Anschluss daran wird ab Mitte März voraussichtlich eine hochklassige Ausstellung mit Exponaten eines international, renommierten Künstlers eröffnet. Sobald die vertraglichen Modalitäten geklärt sind und damit die Durchführung garantiert ist, erfolgt eine gesonderte Pressekonferenz mit weiteren Informationen hierzu.

2. Sitzungsverlauf:

Die Leiterin des Museum Penzberg – Sammlung Campendonk, Frau Freia Oliv, stellt in einem kurzen Vortrag die neue Ausstellung „Tiefenlicht“ vor.

Zur Kenntnis genommen

9.3 Hannis Eismärchen: Vorstellung der Besucherbilanz

1. Vortrag:

Die Verantwortliche für das Eismärchen, Frau Nagel vom Familienbüro, informiert in einem kurzen Vortrag die Stadtratsmitglieder, die Vertreter der Presse und die anwesenden Bürgerinnen und Bürger über die Besucherbilanz der Veranstaltung.

2. Sitzungsverlauf:

Frau Nagel vom Familienbüro und Herr Bergel vom Bauhof präsentieren den Stadtratsmitgliedern in einem kurzen Vortrag die Zahlen, Daten und Fakten von Hannis Eismärchen:

Zahlen/Daten/Fakten Hannis Eismärchen 17/18

- 13.260 Besucher (davon rund 9.500 Kinder)
- an insgesamt 31 Öffnungstagen und 444,50 Öffnungsstunden
- 57 Schulklassen nutzten die Vormittage für „aktiven Unterricht“
- über 50 Sponsoren beteiligten sich an Hannis Eismärchen

TOP (anhand Besucherzahlen)

- JuParty & Roche Eisdisco
- Bambinitag mit dem städtischen Kindergarten
- Aktion „der Nikolaus kommt“
- Fire & Ice der Freiwilligen Feuerwehr Penzberg

„FLOP“

- Der Kostümlauf und Auftritt der Beaschdn´ mussten leider entfallen
- Der Seniorentarif wurde nur 3 Mal genutzt

FAZIT

Hannis Eismärchen entpuppte sich wieder einmal als absoluter Publikumsmagnet. Die 31 tägige Veranstaltung sorgte mit buntem Programm für Jung und Alt für einen stets belebten Stadtplatz und fand sehr guten Anklang. Das Feedback aus der Bevölkerung war durchwegs positiv. Konstruktive Vorschläge zur Verbesserung wurden und werden gerne angenommen. In diesem Jahr wurde zum Beispiel besonders viel Wert auf eine bessere Akustik zum Schutz der Anwohner gelegt. Auch der erstmalige Online Auftritt (Website und Facebookseite) wurde rege genutzt. Ein weiterer Ausbau ist hier wünschenswert um die Zielgruppe noch effizienter mit Informationen aus erster Hand zu versorgen.

Der Eisbahnbetrieb durch eine externe Firma erwies sich als sehr gut, jedoch gibt es auch einige Schwachstellen in punkto Flexibilität, Organisation und Bürgernähe.

Zusammenfassend lässt sich Hannis Eismärchen als Erfolg bezeichnen. Durch die enge Zusammenarbeit aller Beteiligten konnte ein reibungsloser Ablauf gewährleistet und für viele lachende Gesichter gesorgt werden.

AUSBLICK

Bereits im Dezember dieses Jahres steht das 5-jährige Jubiläum „Hannis Eismärchen“ an. Der Eisplatz ist inzwischen zur Institution und Markenzeichen der Stadt Penzberg geworden. Zu den Besuchern zählen nicht nur die Penzberger, sondern auch Menschen aus dem gesamten Landkreis und weit darüber hinaus. Wir freuen uns, Hannis Eismärchen weiterzuführen und das 5-Jährige entsprechend zu feiern.

Viele Sponsoren haben sich auch für die kommende Saison angekündigt. Dr. Ulrich Opitz, Werkleiter der Firma Roche Diagnostics bestätigt: „Es ist großartig, wie Hannis Eismärchen angenommen und geschätzt wird. Das Programm – darunter auch die Roche Eisdisco – trifft den Nerv des Publikums und die Aktiven wie auch die vielen Zuschauer kommen auf ihre Kosten. Wir sind auch im nächsten Jahr gerne wieder mit dabei!“

Weitere Sponsoren können durch weitere Bandenplätze und attraktivere Sponsorenpakete, in Verbindung mit mehr Vorlaufzeit, akquiriert werden. Des Weiteren sind eine Umgestaltung der Eisfläche, sowie einige Neuerungen im Gespräch um für das 5-Jährige nochmal eins obendrauf zu setzen und so den Eisplatz noch attraktiver zu gestalten.

Die Zahlen zu Hannis Eismärchen werden dem Rechnungsprüfungsausschuss in seiner nächsten Sitzung vorgelegt.

Zur Kenntnis genommen

9.4 Kommunale Mandatsträger: Informationsbroschüre über die Rechte und Pflichten von Stadtratsmitgliedern

1. Vortrag:

Die Stadtratsmitglieder erhalten zu diesem Tagesordnungspunkt ein Merkblatt für kommunale Mandatsträger ausgehändigt. Diese Unterlage gibt Auskunft über allgemeine Vorschriften und Verhaltensregeln welche das Mitwirkungsrecht und die Mitwirkungspflicht regeln. Ferner enthält das Merkblatt Ausführungen zur Korruptionsprävention und zum Datenschutz mit den entsprechenden Erklärungsentwürfen.

Die Stadtratsmitglieder werden gebeten sich in die Unterlage einzulesen und die beigefügten Erklärungen zu unterschreiben und zurück an die Verwaltung zu geben. Die Verwaltung wird in der nächsten Sitzung am 27.02.2018 in einem kurzen Vortrag nochmals hierauf eingehen und mögliche Fragen beantworten.

Zur Kenntnis genommen

9.5 Sonstige Mitteilungen und Anfragen

1. Vortrag:

Vollzug der StVO: Verkehrsbeschränkung (Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h) an Ortsstraßen aufgrund der Vorgaben des Lärmaktionsplanes für das Stadtgebiet Penzberg

Der Ordnungsamtsleiter, Herr Holzmann nimmt Stellung zu dieser Thematik:

Das Landratsamt Weilheim-Schongau hat mit Schreiben vom 18.12.2017 die beiden von der Verwaltung angeordneten Tempo 30 Regelungen für die Bichler Straße sowie Wölfl/Wölflstraße aufgrund des Lärmaktionsplanes beanstandet und die Zustimmung aufgrund unzureichender Begründungen nicht erteilt.

Zur Beurteilung der umfangreichen fachlichen sowie rechtlichen Beanstandungen fand am 16.01.2018 ein Gespräch im Landratsamt Weilheim statt. Herr Seitz, Jurist des Landratsamtes, sowie Herr Guggemos von der Unteren Straßenverkehrsbehörde erläuterten den Mitanwesenden, Herrn Ledermüller von der Polizeiinspektion Penzberg sowie Herrn Holzmann, Herrn Klement und Herrn Jauß von der Stadtverwaltung die Sichtweise des Landratsamtes.

Als Ergebnis wurde festgehalten, dass der Lärmaktionsplan auf VBUS (Vorläufige Berechnungsverfahren Umgebungslärm) gründet und somit nicht ausreichend aussagekräftig ist. Die Lärmmessungen müssen jedoch auf der Basis der Lärmschutzrichtlinien – Straßenverkehr vorgenommen werden. Der Lärm ist auf der Grundlage der RLS 90 zu errechnen. D.h. es hat eine Lärmberechnung, gesplittet nach Tag/Nacht, zu erfolgen. Außerdem sind die Fahrzeugtypen Pkw/Lkw getrennt zu erfassen.

Ebenfalls ist für jede Straße eine aktuelle Verkehrserhebung vorzunehmen. Die Daten aus dem Jahre 2013 genügen nach Ansicht des Landratsamtes nicht mehr.

Wenn diese Unterlagen vorliegen, werden alle Fachbehörden gemeinsam die weitere rechtliche Bewertung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 vornehmen und ihre Entscheidung dem Stadtrat mitteilen.

Die Verwaltung wird zur Sitzung des Stadtrates am 27. Februar 2018 die Kostenangebote für die erneute Erhebung der Verkehrsdaten für die beiden Ortsstraßen sowie für die Lärmbe-rechnungen nach den „Lärmschutzrichtlinien – Straßenverkehr“ sowie der RLS 90 zur Beratung und Entscheidung vorlegen.

Sollte der Stadtrat eine Auftragsvergabe befürworten, so erfolgt die Verkehrszählung witterungsbedingt nicht vor April dieses Jahres.

2. Sitzungsverlauf:

1.) Anfragen:

Das Stadratsmitglied der BfP Stadtratsfraktion, Herr Sacher stellt folgende Fragen an die Verwaltung:

- a) Evaluation Bürgermeister-Prandl-Grundschule
- b) Stand Bücherschrank

zu a) Der Geschäftsleiter, Herr Reis, berichtet, das die Evaluation turnusmäßig an der Grundschule stattfindet und vergleichbar ist mit einem Qualitätsmanagement. Der Evaluationsbericht ist bei Herrn Reis jederzeit einsehbar. Er wird diesen den Stadtratsmitgliedern per Mail zukommen lassen.

zu b) Der Stadtkämmerer, Herr Blank, teilt kurz mit, dass er in Kürze berichten wird.

2.) Anträge

Die Erste Bürgermeisterin Elke Zehetner teilt den Stadtratsmitgliedern mit, dass der Bund Naturschutz einen Antrag auf „glyphosatfreie Kommune“ gestellt hat. Dieser wird in der Februar Stadtratssitzung behandelt.

Zur Kenntnis genommen

Vortrag:

Die Bekanntgabe von Beschlüssen in der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrats vom 12.12.2017 kann nicht erfolgen, nachdem die Gründe für die Geheimhaltung nicht weggefallen sind.

Zur Kenntnis genommen

1. Vortrag:

a) Künftiger Vollzug des Art. 52 Abs. 3 GO:

Gem. Art. 52 Abs. 3 GO sind die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der Öffentlichkeit bekannt zu geben, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind. Die Entscheidung, ob die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind, trifft grundsätzlich der Stadtrat durch Beschluss, wobei ein konkludentes Handeln des Gremiums genügt. Bis dato erfolgte die Bekanntgabe stets in der darauffolgenden Sitzung, wobei hierfür die Erste Bürgermeisterin zuständig ist.

Allerdings ist die Entscheidung des Stadtrats, einen in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss der Öffentlichkeit (noch) nicht bekannt zu geben nicht dafür maßgeblich, ob ein presserechtlicher Auskunftsanspruch besteht; hierfür ist in jedem Einzelfall eine Ermessensentscheidung zu treffen, die eine Abwägung zwischen der Notwendigkeit der öffentlichen Information und den möglicherweise entgegenstehenden Geheimhaltungsinteressen erfordert.

In einem Abstimmungsgespräch mit Vertretern der Presse wurde von diesen der Wunsch auf eine zeitnähere, umfassendere Information auch von nichtöffentlichen Sitzungsvorgängen geäußert und damit der presserechtliche Auskunftsanspruch untermauert. Es ist deshalb festgelegt worden, dass die Erste Bürgermeisterin bereits nach dem jeweiligen Sitzungstag den Art. 52 Abs. 3 GO vollzieht und die Presseorgane nach pflichtgemäßen Ermessen über die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse informiert, soweit die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

b) Weiterleitung von Verwaltungsvorlagen zu öffentlichen Tagesordnungspunkten im Vorfeld zu Sitzungen:

Die Pressevertreter baten ferner darum bereits im Vorfeld zu den öffentlichen Sitzungen die Sitzungsunterlagen ausgehändigt zu bekommen. Sie begründeten dies mit der Kurzfristigkeit und damit mit der fehlenden Möglichkeit sich einzulesen, wenn erst kurz vor oder während der Sitzung die Sitzungsunterlagen weitergeleitet werden.

Die Verwaltung kann das Anliegen nachvollziehen. Um jedoch neben der Presse auch die Öffentlichkeit im Vorfeld zu informieren, beabsichtigt die Verwaltung künftig die Verwaltungsvorlagen für die öffentlichen Sitzungen über das RIS einen Tag vorher bekannt zu machen. Die Pressevertreter sowie die Bürgerschaft können hierdurch im Vorfeld von den Sitzungsunterlagen Kenntnis nehmen.

Diese zeitnahen, zusätzlichen Informationen für die Presseorgane und die Bürgerschaft fördern die Transparenz und stellt damit einen wichtigen Beitrag zu einer bürgernahen Informationspolitik dar.

2. Beschlussvorschlag der Verwaltung:

a)

Der Stadtrat beschließt, dass die Erste Bürgermeisterin bereits nach dem jeweiligen Sitzungstag den Art. 52 Abs. 3 GO vollzieht und die Presseorgane nach pflichtgemäßen Ermessen über die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse informiert, soweit die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

b)

Der Stadtrat beschließt die Verwaltungsvorlagen der öffentlichen Sitzungen einen Tag vor der jeweiligen Sitzung über das RIS den Pressevertretern und der Bürgerschaft zugänglich zu machen.

3. Antrag zur Geschäftsordnung:

Das Stadtratsmitglied der BfP Stadtratsfraktion stellt den Änderungsantrag, die Verwaltungsvorlagen für die öffentlichen Sitzungen über das RIS der Öffentlichkeit nicht einen Tag vorher, sondern bereits am Freitag vor der jeweiligen Sitzung bekannt zu machen.

**Mehrheitlich abgelehnt Ja 8 Nein 13 (Erste Bürgermeisterin Zehetner, StRe
Leinweber, Bartusch, Lenk, Keller,
Zöller, Bocksberger, Frohwein-Sendl,
Kleinen, Meindl, Schmuck, Geiger,
Probst)**

4. Beschluss:

a)

Der Stadtrat beschließt, dass die Erste Bürgermeisterin bereits nach dem jeweiligen Sitzungstag den Art. 52 Abs. 3 GO vollzieht und die Presseorgane nach pflichtgemäßen Ermessen über die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse informiert, soweit die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind. Nach jedem Tagesordnungspunkt in der nichtöffentlichen Sitzung wird bestimmt, ob der Grund der Geheimhaltung weggefallen ist.

Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0

b)

Der Stadtrat beschließt die Verwaltungsvorlagen der öffentlichen Sitzungen einen Tag vor der jeweiligen Sitzung über das RIS den Pressevertretern und der Bürgerschaft zugänglich zu machen.

**Mehrheitlich beschlossen Ja 18 Nein 6 (StRe Kammel, Sacher, Reitmeier, Mende,
Anderl, Kühberger)**

12 Haushaltssatzung 2018 und Finanzplan 2017-2021: Beschluss

1. Vortrag:

Im Haushaltsausschuss wurde an vier öffentlichen Sitzungen (06.11.17, 07.11.17, 20.11.17 und 07.12.17) über die Ihnen vorliegende Haushaltssatzung 2018 und dem Finanzplan 2019-2021 vorberaten, diskutiert und einstimmig dem Stadtrat als Empfehlung beschlossen.

a)

Der ausgearbeitete Haushalt 2018 mit Finanzplanung sind in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen.

Jahr	Verwaltungshaushalt	Vermögenshaushalt	Gesamt
2018	52.058.300,00	21.796.800,00	73.855.100,00
2019	57.587.700,00	14.757.700,00	72.345.400,00
2020	52.802.200,00	8.042.600,00	60.844.800,00
2021	52.766.400,00	7.372.700,00	60.139.100,00

b)

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern sind im Augenblick wie folgt festgesetzt und beibehalten werden:

1. Grundsteuer
 - 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (A) 350 v.H.
 - 1.2 für die Grundstücke (B) 350 v.H.
2. Gewerbesteuer 330 v.H.

c)

Der Kassenkredit soll von 5.000.000 € auf 7.000.000 € zu erhöht werden.

Der ausgearbeitete Haushalt mit Finanzplanung wurde Ihnen vorab zugestellt. Die Haushaltssatzung ist beigelegt.

2. Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Beschluss zu a)

Der Stadtrat beschließt den Haushalt 2018 sowie die Finanzplanung 2017-2021 und die Haushaltssatzung.

Beschluss zu b)

Der Stadtrat führt die Steuersätze wie bisher fort.

Beschluss zu c)

Der Stadtrat erhöht den Kassenkredit auf 7.000.000 €.

3. Sitzungsverlauf:

Der Stadtkämmerer, Herr Blank und die Fraktionsvorsitzenden der jeweiligen Stadtratsfraktionen halten nacheinander ihre Haushaltsreden zum Haushalt 2018:

1.) Herr Blank:

Sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin Zehetner,
sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse und Zuhörer,
der Haushalt 2018 und die Finanzplanung stehen unter dem Motto
„Schaffung von Wohnraum, Infrastruktur und neuen Gewerbeflächen“.

Ich habe nun die Ehre, einige Punkte des Haushalts sowie Ziele und Positionen zu erläutern.

Kann eine Kommune mit der vorgegebenen Entwicklung überhaupt Schritt halten?
Meines Erachtens geht dies nur bedingt und mit zeitlicher Verzögerung. Die Kommunen bewegen sich im Spannungsfeld zwischen den gesellschaftlichen Vorgaben, Gesetzen und Verordnungen auf EU-, Bundes- und Landesebene. Insbesondere auf EU Ebene stehen große Herausforderungen an, denn es darf u. a. zu keiner Bevorzugung „einheimischer Bürger“ kommen. Auf der anderen Seite gibt es natürlich die Wünsche der örtlichen Institutionen und der örtlichen Vereine.

In diesem Spannungsfeld bewegt sich die Stadt Penzberg. Vor allem die örtlichen Vereine und Bürger können hierbei von der Finanzkraft der Stadt partizipieren. Ob es die gute Kinderversorgung (bei Kinderkrippen- und Kindergartenplätzen) ist oder die zur Verfügungstellung von Sporteinrichtungen und kulturellen Gebäuden.

Die Stadt gleicht bei vielen freiwilligen Leistungen das Defizit aus.

Hier seien u. a. das Bad, das Stadion, die Musikschule, die Museen und sonstige freiwillige Zuschüsse genannt. Die Stadt beteiligt sich hier auch bei Neubaumaßnahmen.

Der Verwaltungshaushalt hat einen ausgeglichenen Ansatz von 52,0 Mio. €, der des Vermögenshaushaltes beträgt 21,8 Mio.

Somit ergibt sich ein Gesamtansatz 2018 von 73,8 Mio. €.

Insbesondere der Vermögenshaushalt 2018 weist eine enorme Steigerung von ca. 43 Prozent gegenüber 2017 und sogar von ca. 76 Prozent gegenüber 2016 auf.

Dies zeigt, dass die Stadt hier enorme Anstrengungen unternimmt, um speziell beim überhitzten Wohnungsmarkt entgegen zu steuern.

Alleine das Projekt Birkenstraße mit ca. 80 Mietwohnungen, 28 Reihenhäusern und 3 Einfamilienhäusern (Planungsstand Januar 2018), die Aufstockung der Sigmundstraße sowie der Neubau von 3 Häusern bei der Bürgermeister- Rummerstraße zeigen hier den Willen der Penzberger Politik. Diese Aufgabe stellt die Gremien, die Stadtverwaltung und betroffenen Bürger vor große Herausforderungen.

Die Haupteinnahmen im Verwaltungshaushalt sind die Steuern, hier insbesondere die Gewerbesteuer. Diese wurde mit 20 Mio. € eingeplant. Ein kurzer Hinweis auf die offenen Klageverfahren ist hierzu angebracht.

Aus meiner Sicht sind dabei weitere Einnahmemöglichkeiten zu schaffen.

Dies wird durch die bereits angestoßene Vermarktung eines 30.000 bzw. 9.600 qm großen Industriegrundstücks bereits intensiviert. Ebenso soll durch die neuen städtischen Wohnungen eine dauerhafte Einnahmesteigerung geschaffen werden.

Dies umso mehr, da die Schaffung von Wohnraum im Augenblick stark gefördert wird.

Mit diesen Einnahmesteigerungen soll der Wohnungsbestand zum Teil auch saniert werden.

So entsteht hoffentlich eine Mietpreisstabilisierung und Bremse bei den Mieten. Die Stadt plant ggf. auch ein anderes Grundstück mit Wohnungen bereit zu stellen. Hierzu können aber noch keine näheren Angaben gemacht werden.

Eine weitere erfreuliche Entwicklung ist bei den Steuerbeteiligungen zu erkennen. Diese wurden konservativ angesetzt. Insbesondere bei der Einkommensteuerbeteiligung wird hier eine deutliche Erhöhung ab 2019 erwartet, da die gesamten Wohnbauaktivitäten hier zu einem Mehrergebnis führen werden.

Die Einkommensteuerbeteiligung 2018 berechnet sich nach der sog. Schlüsselzahl, welche für die jeweilige Kommune nach der örtlichen Einkommensteuer aus dem Jahr 2013 errechnet wurde. Eine Fortschreibung der Schlüsselzahl erfolgt in einem 3 Jahresrhythmus. Dies führt zu Mehreinnahmen von ca. 720.000 € gegenüber dem Planansatz 2017.

Bemerkenswert ist auch die bereits avisierte Mehreinnahme um 700.000 € bei der Umsatzsteuerbeteiligung.

Bei den Ausgaben im Verwaltungshaushalt sind die geplante Kreis- und Gewerbesteuerumlage zu erwähnen. Hier wurden alleine 20,89 Mio. € eingeplant.

Dies entspricht ca. 43,5 Prozent der echten Ausgaben (ohne Zuführung zum Vermögenshaushalt).

Man sieht also, dass die sehr hohe Kreisumlage eine enorme Belastung darstellt und die Stadt hier bei weiteren Investitionen gebremst wird.

Eine normale Kreisumlage von 50 Prozent würde zu einer Entlastung von ca. 1,8 Mio. € p. a. führen. Hochgerechnet auf 2 Jahren wäre z. B. eine Musikschule bestens untergebracht oder gebaut.

Ein weiterer großer Posten im Verwaltungshaushalt sind die Personalausgaben i. H. v. 9.462.300 €. Dieser Ansatz wurde um 460.700 € erhöht, wobei das Rechenergebnis auch hier wieder niedriger sein wird, da ausgeschriebene Stellen mit Fachkräften nicht sofort zu besetzen sind. Wie bereits 2017 erwähnt ist diese Zahl vergleichsweise eher im unteren Bereich.

Vergleiche sind hierbei schlecht möglich, da in den Kommunen unterschiedliche Strukturen vorliegen.

U. a. kann dies begründet werden mit dem Ansatz von Personalkosten im städtischen Haushalt bei Kindereinrichtungen, der Musikschule und dem gesamten Bauhof usw..

Im Vermögenshaushalt stechen die Ausgaben für Baumaßnahmen heraus. Der geplante Ansatz i. H. v. 12.606.000 ist für die Stadt Penzberg herausragend. Erwähnt werden muss hier, dass die Finanzierung vollumfänglich gesichert ist und die Zuschüsse zum Teil bereits beantragt wurden bzw. noch beantragt werden. Dank der Erlaubnis, auch Projektsteuerer zur Verwaltungsentlastung einsetzen zu dürfen, gehe ich hier von einer zügigeren Umsetzung aus. Entscheidend ist, dass die Investitionen ohne Schuldenaufnahme getätigt werden können. Wobei im Einzelfall ggf. sog. rentierliche Schulden zu prüfen sind. Beispielsweise eine langfristige Verzinsung von unter 0,4 Prozent im Wohnungsbau, wenn gleichzeitig durch eine Geldanlage ein höherer Prozentwert erzielt werden könnte.

Dies ist jedoch im Einzelfall zu prüfen und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

Ebenso wichtig ist ein sog. Rücklagenvorhalt, da hier Geld für eine evtl. vorliegende Rückzahlung von Gewerbesteuer jederzeit zur Verfügung stehen muss.

Die Erhöhung bei den Grundstückskäufen auf 1,854 Mio. € (im Vorjahr = 144.000 €) ist erwähnenswert. Hier geht es wie bereits gesagt hauptsächlich um die Schaffung neuer Gewerbeflächen.

Die städtischen Verbindlichkeiten wurden stark reduziert. Jedoch gibt die Kreditaufnahmemehrung beim Kommunalunternehmen Anlass zum Nachdenken. Hier verweise ich darauf, dass die Immobilien nur zur Pacht (Erbbaurechtlich bzw. laufende Pacht) an das Kommunalunternehmen gehen sollten und der bereits 2017 angeregte Übergang in eine Kapitalgesellschaft vorbereitet werden sollte.

Erwähnen möchte ich abschließend die augenblickliche Situation zur

Straßenausbaubeitragssatzung (Strabs). Diese scheint wohl in Bayern gestrichen zu werden.

Leider wurde die Strabs in Penzberg vom Gremium nicht genehmigt. Die Bayerische Staatsregierung scheint hier eine Ausgleichszahlung nur bei den Kommunen vorzunehmen, welche an einem Stichtag (somit entfällt ein nachträglicher Erlass) eine entsprechende Satzung haben. Dies ist in Penzberg nicht der Fall. Zur Information: weder in 2015 bis einschl. 2020 wären derartige Beiträge in Penzberg angefallen. Somit ist für unsere Stadt ein Ausgleich auch nicht zu erwarten.

Sollte die Abschaffung der Strabs in einer KANN Bestimmung enden, wäre dies weiterhin das Aus bei einer Bedarfszuweisung im Falle einer Gewerbesteuerrückzahlung. So hoffen wir hier auf einen vollumfänglichen Entfall der Strabs. Die Stadt Penzberg könnte so in den betroffenen Jahren mit einer zusätzlichen finanziellen Entlastung (Bedarfszuweisung) rechnen.

Der Stand der Rücklagen beträgt zum 31.12.2017 in € 41 Mio..

Der heutige Stand ist 42 Mio. €.

Dieser Stand wird sich nach der Planung bis zum 31.12.2021 auf ca. 32,3 Mio. € verringern.

Dies ist dem Umstand geschuldet, dass die Kreisumlage 2019 auf 27 Mio. € steigt, somit ein Plus von 10,1 Mio. Euro gegenüber einem normalen Jahr. Dies ist der enormen Gewerbesteuererhöhung in 2017 geschuldet. Dieses Geld ist aber vollumfänglich umstritten und angefochten.

Sollte bei der Stadt Penzberg auch weiterhin mit Um- und Vorsicht agiert werden, so wie dies im Haushalt und der Finanzplanung gegeben ist, kann von einer soliden Situation ausgegangen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Maßhalten bei den Wünschen! Schritt halten mit den Verzögerungen!

Abschließend würde ich es sehr begrüßen, wenn Sie dem Haushalt zustimmen und unser Wirken, welches auch das Ihre ist, in vollem Umfang unterstützen.

Dieser Haushalt ist für die Stadt Penzberg im Jahr 2018 der Rahmen. Arbeiten wir gemeinsam daran, ihn gut auszufüllen.

Und zuletzt ein großes Dankeschön an alle Kollegen und Kolleginnen, die zur Fertigstellung des Haushalts mitgewirkt und beigetragen haben.

Ebenso danke ich dem Haushaltsausschuss für seine tatkräftige Mitarbeit.

Herzlichen Dank für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit.

(es gilt das gesprochene Wort)

2.) SPD-Stadtratsfraktion:

Sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin Zehetner,
sehr geehrter Herr Zweiter Bürgermeister Dr. Bauer,
sehr geehrter Herr Dritter Bürgermeister Schmuck,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Gäste,

alle hier in diesem Raum wollen das Beste für Penzberg. Hier gibt es keine Einzige und keinen Einzigen, der andere Absichten verfolgt. Deshalb sollten wir alle Ideen, die zum Haushaltsentwurf 2018 eingebracht wurden, anerkennen als Suche nach dem besten Weg, sie respektieren und nicht herabwürdigen.

Der neu gegründete Haushaltsausschuss hat sich mittlerweile etabliert und die Haushaltsvorberatungen auf gute interfraktionelle Beine gestellt. Grundsätzlich spricht sich die SPD-Fraktion für eine öffentliche Haushaltsvorberatung aus. Allerdings sollte es im Vorfeld die Möglichkeit für alle Fraktionen geben, Gedanken oder „ins Unreine“ gesprochene Ideen innerhalb des Stadtrates oder des Haushaltsausschusses anzusprechen. Dies vielleicht als Anregung für die Haushaltsberatungen 2019.

Wir haben nach der Vorberatung innerhalb unserer Fraktion als auch im Haushaltsausschuss nun einen Haushaltsentwurf vorliegen, den wir alle hier am Tisch gemeinsam erarbeitet haben und der lassen sie mich das vorab bereits verkünden - die vollumfängliche Zustimmung der SPD-Fraktion erhalten wird.

Über die Eckzahlen des Penzberger Haushalts hat uns Kämmerer Hans Blank bereits ausführlich berichtet. Ich erspare Ihnen daher das Vortragen endlos langer Zahlenreihen. Und im Hinblick auf die heutige Tagesordnung werde ich auch etwas zurückhaltender sein, was die Länge meiner Rede betrifft.

Auf Grund der mittlerweile umfänglich bekannten Problematik Steuerrückzahlung und Verzinsung standen auch die diesjährigen Vorberatungen des städtischen Etats beinahe schon „traditionell“ unter diesem besonderen Stern. Ich möchte hier die Gelegenheit nicht verstreichen lassen, erneut meinen Unmut über die nicht hinnehmbare lange Bearbeitungszeit einer solch wichtigen und auch heiklen Angelegenheit für unsere Stadt zum Ausdruck zu bringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Gebühren“ war eines der Schlagworte, das 2017 in vielen Ausschuss- oder Stadtratssitzungen zu hören war. Selbstverständlich hätten auch wir von der SPD-Fraktion gerne, dass sämtliche Leistungen der Stadt ohne jeglichen finanziellen Aufwand der Bürgerinnen und Bürger erbracht werden. Nur weiß jeder vernünftig Denkende, dass dies leider schlicht und ergreifend nicht machbar ist. Es gibt Bereiche, ich nenne als Beispiel den Städtischen Friedhof, der kraft Gesetzes eine kostenrechnende Einrichtung ist und kostendeckend zu betreiben ist. Auch für andere Bereiche gilt dies ebenfalls. Und solange von der jeweils zuständigen Landes- oder Bundesregierung keine entsprechende Kompensation erfolgt, wird z. B. auch ein kostenloser Kindergartenbesuch nicht möglich sein. Man wird sehen, was die Koalitionsgespräche in Berlin und die Landtagswahlen in Bayern bringen werden.

Zwar nicht um Gebühren, sondern um Beiträge geht es bei der „Straßenausbaubeitragssatzung“, kurz StraBS. Dass es für die Bürger aber ziemlich wurscht ist, ob Gebühr oder Beitrag, ist mittlerweile auch bei der Bayerischen Staatsregierung angekommen. Wir haben also gut daran getan, die Umsetzung dieser Satzung in Penzberg in ihrem Schwebezustand zu belassen, auch wenn so mancher Mitarbeiter im Weilheimer Landratsamt mit der großen Keule gedroht hat. Auch hier sind wir jetzt gespannt, welche Finanzierungszusagen für die Kommunen von Seiten der Landesregierung erfolgen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch weiterhin werden wir uns als SPD-Fraktion in Penzberg dafür machen, den

Gewerbesteuerhebesatz auf dem aktuellen Stand zu belassen.

Für eine gute Mischung aus Handel, Handwerk, Gewerbe und Industrie werden wir auch weiterhin ein wertvoller Ansprechpartner sein und im Rahmen unserer Möglichkeiten größtmögliche

Unterstützung anbieten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im vergangenen Jahr konnte eine unserer größten Baustellen der letzten Jahre, die Sanierung der denkmalgeschützten Stadthalle endlich in die Zielgerade gebracht werden.

Doch auch künftig stehen uns kleine, große und auch ganz große Baumaßnahmen bevor.

Eine weithin sichtbare Maßnahme ist dabei die Bebauung an der Birkenstraße mit dem neuen Wohngebiet und einem Einheimischenmodell. Zusammen mit anderen privaten, gemeinnützigen und/oder genossenschaftlichen Anbietern an weiteren Standorten, wollen wir hier der Nachfrage nach Wohnraum ein wenig Entspannung bringen. Dass darüber hinaus eine weitergehende Schaffung von bezahlbaren Wohnungen dringend gewünscht wird, haben wir nicht zuletzt auf unserem Neujahrsempfang deutlich zum Ausdruck gebracht. Die SPD-Fraktion begrüßt daher alle Maßnahmen und Aktivitäten, die in diese Richtung gehen.

Der Neubau des Seniorenzentrums in Zusammenarbeit mit dem Bezirksverband der Arbeiterwohlfahrt steht unmittelbar bevor. Wir hoffen, dass alle Beteiligten endlich zügig in die Gänge kommen, um für unsere älteren Bürgerinnen und Bürger die von uns allen sehnlichst erwartete Pflege- und Wohnmöglichkeit zu schaffen.

Ein kluger Schachzug ist uns auch bei den Seniorenwohnhäusern an der Sigmundstraße gelungen. Anstatt „nur“ die dringend notwendige Dachsanierung vorzunehmen wird die Baumaßnahme dazu genutzt, äußerst kostengünstig neuen Wohnraum durch Aufstocken des Gebäudes zu erhalten.

Für die jüngsten Penzbergerinnen und Penzberger wurden und werden in Kooperation mit kirchlichen und freien Trägern Plätze in Kindertagesstätten geschaffen. Auch hier sind wir auf einem guten Wege, die Bedarfe nicht nur kurz- sondern auch mittelfristig und auf gutem Niveau abzudecken. Was Penzberg hier leistet, ist vorbildlich — meine Damen und Herren. Dies gilt auch für die Ausstattung und die Instandhaltung der Penzberger Schulen, die in unserer Verantwortung sind. Ebenso ist die Erwachsenenbildung durch unsere finanzielle Unterstützung der Volkshochschule gut aufgestellt.

Im Bereich Kultur werden wir das Thema Musikschule auch verbindlich auf den Weg bringen. Die Überlegungen zum Metropol-Kino sind dafür eine gute Basis und lassen auch hier auf eine möglichst zeitnahe Lösung hoffen. Der Umzug des Büros der Musikschulleitung in die Rathauspassage hat schon jetzt positive Auswirkungen gezeigt.

Im Museum Penzberg — Sammlung Campendonk haben wir für die Beschäftigten den zwingend notwendigen Sozialraum auf den Weg gebracht, um hier entsprechend nachzubessern.

Auch im Freizeitbereich werden wir durch die Optimierung des Eizis, also des Städtischen Freibades am Eitzenberger Weiher, einen positiven Punkt hinzufügen. Das Gleiche gilt für die städtischen Spielplätze, für die wir einen sechsstelligen Betrag zusätzlich bereitstellen. Beim großen Thema „Schwimmbad“ werden wir in Kürze Rechtssicherheit haben und die entsprechenden Schritte, also den Neubau mit oder ohne Ratsbegehren, beschreiten. Noch nicht gebaut, aber zumindest geplant wird für die Blaulichtorganisationen unserer Stadt. Wir sind schon jetzt gespannt, was BRK, Wasserwacht, Bergwacht, Polizei und Feuerwehr in der Layritzhalle erwarten dürfen und vor allem, zu welchen Kosten. Dass dabei das Gelände des jetzigen Feuerwehrgerätehauses als künftiges innenstadtnahes Wohngebiet genutzt wird und damit auch zur Finanzierung des Blaulichtzentrums beitragen wird, steht für mich außer Frage.

Einen weiteren Schritt in Richtung energieautarke Kommune machen wir in Zusammenarbeit mit dem Kommunalunternehmen im Bereich Bichler Straße durch die Errichtung von PhotovoltaikFreiflächenanlagen. Wir sind sicher, dass die Balance zwischen Ökologie und Ökonomie auch hier eine mehr als ausreichende Abwägung erfahren hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bereich Asyl, auch wenn dies keine unmittelbare Aufgabe der Kommune ist, wird von der Stadt durch die Asylbegegnungsstätte unterstützt. Die Integration ist ein wichtiger Punkt im sozialen Miteinander und verdient unsere Unterstützung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Entscheidung junger Familien, nach Penzberg zu ziehen oder hier zu bleiben hängt nicht nur von einem vielfältigen und qualitativ hochwertigen Arbeitsplatzangebot ab, sondern auch von einer attraktiven Infrastruktur. Dies beginnt bei den Kindertagesstätten bis hin zu einem seniorengerechten und barrierefreien Wohnen im Alter. Auch Kultur und Freizeit, die vielen so oft zitierten weichen Standortfaktoren spielen dabei eine große Rolle.

Den Mitgliedern der SPD-Fraktion ist es daher wichtig, auch weiterhin ein soziales Penzberg für alle Einwohner zu ermöglichen. Ein städtischer Haushalt, der neben den rechtlich vorgeschriebenen Pflichtaufgaben auch eine Vielzahl von freiwilligen Leistungen auflistet, muss dabei mit Hirn und Verstand, aber eben auch mit einem starken und sozialen Herzen gestrickt sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Entwicklung unserer Stadt zum Wohle unserer Bürger stellt sich positiv dar. Aber im Hinblick auf die vielfältigen Anforderungen und Bedürfnisse, vor die wir auch in den nächsten Jahren gestellt werden, erscheint es uns als SPD-Fraktion unumgänglich, über den Jahreshaushalt hinaus für den Finanzzeitraum bis 2021 eine Prioritätenliste zu erstellen, die sowohl finanziell darstellbar als auch "abarbeitbar" ist.

Liebe Zuhörer, zum Schluss meiner Rede darf ich mich noch einmal bei den Penzbergerinnen und Penzbergern bedanken, die durch ihre Vorschläge, Hinweise und Ideen, insbesondere durch ihre aktive Mitarbeit unsere Arbeit nachhaltig unterstützt haben.

Mein besonderer Dank geht in diesem Zusammenhang an alle ehrenamtlich Tätigen, in welchem Bereich sie auch immer zum Wohle unserer Stadt beitragen mögen.

Ganz persönlich bedanke ich mich bei meinen SPD-Fraktionskolleginnen und —kollegen für die konstruktive, vertrauensvolle und freundschaftliche Zusammenarbeit. Ihnen, Frau Erste Bürgermeisterin Zehetner, danke ich für die stets gute Zusammenarbeit.

Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt bedanke ich mich dafür, dass sie uns Stadträte immer tatkräftig unterstützen. Damit ermöglichen Sie, dass wir — die wir ja in vielen Dingen Laien sind — unserer Verantwortung gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern gerecht werden können. Bedanken darf ich mich schließlich bei allen Stadtratskolleginnen und Stadtratskollegen für die konstruktive Zusammenarbeit. Auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind, haben wir bei den wichtigsten Themen des Jahres 2018 — wieder einmal — ergebnisorientiert und erfolgreich zusammengearbeitet.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Glückauf!

3.) CSU-Stadtratsfraktion:

Sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin sehr geehrte zweiter und dritter Bürgermeister, Herr Dr. Bauer, Herr Schmuck sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Penzberg, liebe Zuhörer,

Das politische Jahr 2017 war für mich persönlich eines der turbulentesten, die ich je erlebt habe...

Ein Jahr, in dem wir öfter als sonst das Wichtigste aus den Augen verloren haben.

Damit meine ich nicht die SPD... Die Grünen, die BfP oder die neue Freie Liste...

Ich meine ... Unsere Bürgerinnen und Bürger von Penzberg.

Entscheidend für das Vorrankommen unserer Stadt war es, ist es und wird es immer sein:

Dass wir uns um die Dinge kümmern, die unsere Einwohner beschäftigen.

Wir ... und so ehrlich muss man nun auch sein ... haben uns zu oft mit uns selbst beschäftigt.

In stürmischen Zeiten unseres CSU Umbruchs nehme ich uns natürlich nicht aus.

Aber wir alle hier, sitzen nun mal in einem Boot. Es gibt einen Kapitän und es gibt eine Mannschaft - eine Mannschaft die sich vielleicht so nicht selbst zusammen gefunden hätte — aber die so vom Bürger für diese Aufgaben gewählt wurde.

Und diese Mannschaft macht etwas, was uns alle nachdenklich stimmen sollte: Sie meutert und bringt das Boot in eisigen Stadtratssitzungen immer wieder zum Kentern.

Wir ... meine Damen und Herren... Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem wir dringend das Ruder herumreißen müssen. Unser primärer Auftrag ist es, diese Stadt lebenswerter zu machen und Ihre Spitzenstellung in der ganzen Region weiter auszubauen...

Und das geht nur zusammen.

Polemik und Populismus dürfen unser Boot nicht mehr ins Wanken bringen. Persönliche Befindlichkeiten müssen zum Wohl unserer Bürger hinten anstehen... Das gelingt nur, wenn wir uns mit jedem Thema sachlich auseinandersetzen. Unterschiedliche Auffassungen sind sehr wichtig — aber das dauernde Gezänke-- haben unsere Bürger zurecht satt!

Das wir es anders können, haben die Sitzungen im Haushaltsausschuss zur Vorbereitung dieses Werkes gezeigt. Es war eine intensive und konstruktive Arbeit — die der Bürger von uns zu recht erwartet. Dafür möchte ich mich bei allen Teilnehmern herzlichst bedanken. Allen voran unserem Stadtkämmerer Herrn Blank und an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Finanzabteilung die alles hervorragend vorbereitet haben.

Finanziell geht es Penzberg gut. Sogar sehr gut. Aber der vorgespiegelte Reichtum der Stadt, darf nicht dazu verleiten, übermütig zu werden. Wir haben sprudelnde Steuereinnahmen, Gewerbesteuer, höhere Einnahmen bei der Einkommensteuerbeteiligung und bei der Umsatzsteuer. Alles basiert allerdings auf einer guten Konjunktur. Und die können wir als Stadtrat— wie sie alle wissen — nicht beeinflussen.

Wir müssen in den kommenden Jahren den Spagat schaffen Millionen zu investieren in unser Schwimmbad, in unsere Kinderbetreuung, in Wohnraum, in Sporthallen und in ein Rettungszentrum...

Und gleichzeitig müssen wir es schaffen zu sparen... Um im Falle einer Gewerbesteuerrückzahlung gewappnet zu sein.

Damit das gelingt, müssen wir an allen Stellschrauben drehen. Dazu gehört auch, den Energieverbrauch in Städtischen Immobilien zu senken und dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen umgehend zu veranlassen.

Mich freut es besonders, dass wir den Fensteraustausch in der Mittelschule für über eine viertel Million (276 T€) schon dieses Jahr angehen werden...

Meine Damen und Herren, unterm Strich wird 2018 ein Jahr sein in dem wir - kompakt zusammen gefasst-Altes" abarbeiten, bevor wir uns mit Neuem beschäftigen! Das ist dringend nötig.

Es muss ein Jahr von wenig Worten werden und vielen Taten.

Jahrzehnte lang haben wir es auf die lange Bank geschoben: Dieses Frühjahr wollen und werden wir das Musikschulprojekt angreifen. Wir unterstützen den Umbau im ehemaligen Metropolkino und erwarten auch, dass die Planungen dafür bald beginnen und zügig umgesetzt werden.

Geredet wurde auch viel über die die Alte Bücherei gegenüber vom Rathaus. Hunderte haben sich Jahr um Jahr ihren Kopf über eine Nutzung zerbrochen ...Heute sind wir immer noch keinen Zentimeter weiter. Wir plädieren für einen Abriss — und eine Erweiterung des Rathauscafes auf dieser Fläche. Der Stadt Penzberg würde es gut stehen, das einzige an Sonn- u. Feiertagen geöffnete Cafe ein schönes und vor allen Dingen größeres Ambiente zu geben.

Großen Handlungsbedarf sehen wir auch auf GUT HUB. Seit Jahrzehnten steht hier das Wohngebäude leer und verfällt.

Gut Hub ist für Vereinsfeste, Firmenfeiern oder Hochzeiten eine der beliebtesten Veranstaltungsorte im gesamten Oberland. Das zeigt die Auslastung für 2018- wir haben hier eine VOLL-Auslastung- so gut wie 100% alle Termine sind bereits vergeben. Das ist nicht nur erfreulich, sondern sollte uns allen den Mut geben, in diese Penzberger Perle weiter zu investieren.

Das alte Wohnhaus von Gut Hub könnte saniert werden. Darin könnte ein angemessener Sanitärbereich entstehen, um die Container-Toiletten endlich abzubauen. Dort kann ein Küchenbereich errichtet werden, der von allen Penzberger Caterer-Unternehmen für

Veranstaltungen dort genutzt würde. Eine Zentrale Heizungsanlage könnte in einem ersten Schritt den Stall heizen- um auch für Veranstaltungen im Winter ein angemessenes Ambiente bieten.

Für uns wäre das eine Investition, die innerhalb kürzester Zeit Früchte ernten wird. Eine Investition, die zu 100% unseren Bürgern zu Gute kommt.

Und es wäre eine Investition, die sich äußerst positiv auf das kulturelle Leben in Penzberg auswirken wird. Davon sind wir überzeugt. Etwas auf das wir alle stolz sein werden.

Ein offizieller Antrag auf Prüfung dieser Idee wird die CSU noch in diesem Quartal einreichen.

Meine Damen und Herren, Penzberg wächst... Nicht nur wirtschaftlich sondern auch in der Einwohnerzahl.

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist angespannter als jemals zuvor.

Das Neubaugebiet an der Birkenstraße kann gar nicht schnell genug entstehen...

Damit wird der städtische Bestand an Wohnimmobilien auf nahezu 400 Wohnungen ansteigen.

Dieses riesige Vermögen von ca. 80 Millionen EURO — unser Tafelsilber — muss auch künftig gut verwaltet sein, um den Bestand zu sichern und zu erweitern. Aufgrund der vielen großen Projekte die unsere Stadtverwaltung in den nächsten Jahren zu stemmen hat, kann dafür gar nicht genug Zeit vorhanden sein. Die CSU hält daher nach wie vor die Gründung einer eigenen Gesellschaft für die Verwaltung unserer Wohnimmobilien für unabdingbar. Zeitraubende Entscheidungen zwischen den einzelnen Abteilungen in der Stadtverwaltung wären damit passe.

Wichtig ist uns vor allem aber auch das Einheimischen Modell an der Birkenstraße. Es muss so gestaltet werden, dass es sich Penzberger Bürger leisten können und das diejenigen zum Zuge kommen, die auf dem regulären Markt wenig Chancen haben. Verstehen sie mich nicht falsch — natürlich ist es in Bichl oder Antdorf schön und zum Teil günstiger zu Wohnen ... Aber Penzberger wollen Penzberger bleiben — und das wollen wir diesen Menschen ermöglichen.

Damit wir uns aber stetig weiterentwickeln können, müssen wir wissen, wo es überhaupt noch geht. Eine Neufassung des Flächennutzungsplans halten wir daher noch in dieser Legislaturperiode für essentiell. Das wird eines der größten Projekte für unser Bauamt in den kommenden Jahren sein. Denn der aktuelle Flächennutzungsplan — mit dem wir arbeiten - ist mittlerweile fast 17 Jahre alt.

Meine Damen und Herren mit 56 96-Punkten haben wir eine der höchsten Kreisumlagen in ganz Oberbayern... Das ist nicht schön — aber aufgrund der immensen Investitionen die der Landkreis zu tätigen hat, im Moment nicht anders möglich. Und dazu steht die CSU auch - denn die Landkreissolidarität ist ein hohes Gut. Die neue Berufsschule in Weilheim wird ein Aushängeschild in ganz Bayern sein — hierzu leisten wir gerne unseren Beitrag, denn viele Penzberger werden dort in den Genuss der best möglichen Handwerksausbildung kommen.

Trotzdem muss auch hier alles im Rahmen bleiben. Die Bezirksumlage wird aufgrund der hohen Ausgaben u.a. für Flüchtlinge im März um 1,5 Prozent steigen. Sollte dies den Landkreis veranlassen, das nach unten durchzureichen... und eine Anhebung der Kreisumlage zu erwägen... wird es aus Penzberg Widerstand geben. Denn überspannen darf man den Bogen auch nicht.

Wie wir mit dem ehemaligen Molkereigelände neben dem Gymnasium umgehen, muss heute und auch in diesem Jahr nicht diskutiert werden. Bevor man hier Wohnungen plant,

müssen wir erst wissen, ob Realschule oder Gymnasium irgendwann erweitert werden müssen.

Unsere Penzberger Stadt-Straßen sanieren wir auch 2018 mit hohem finanziellem Aufwand. Kein Bürger wird hierfür zur Kasse gebeten. Gut, dass wir uns erfolgreich der Straßenausbaubeitragssatzung verweigert haben — sie wird ohnehin bald Geschichte sein.

Mutige Bauträger werden gesucht, Bürgerinnen und Bürger sollen Grundstücksflächen melden, auch mit der Maßgabe, dass für die sozial gerechte Bodennutzung (SoBoN) davon 1/3 für den sozialen Wohnungsbau abgegeben werden müssen, so der Aufruf unserer Frau Ersten Bürgermeisterin.

Wegen fehlender Wohnungen sollte hier die Stadt als Vorbild handeln und endlich den Neubau an der Bürgermeister-Rummer-Straße auf den Weg bringen.

Für die Kinderbetreuung nehmen wir wieder gerne viel Geld in die Hand, eine klare „Ja“ Entscheidung, ein klares „Ja“ von der CSU. Auch eine Erweiterung im Spatzennest und der Neubau St. Franziskus in der Innenstadt, wird den zunehmenden Bedarf an Krippen- und Kindergartenplätze langfristig nicht lösen. Daher muss die Warteliste ständig im Fokus der Stadt stehen. Wir wollen unsere Warteliste konsequent abarbeiten.

Zum Schluss möchte ich mich im Namen der CSU Penzberg bei der gesamten Stadtverwaltung für die gute Zusammenarbeit im letzten Jahr bedanken. Und natürlich auch bei allen Menschen in Penzberg die sich in ihrer Freizeit für unsere Stadt einsetzen. Ehrenamt ist das Rückgrat unserer Gesellschaft. Es ist der soziale Kitt und macht Penzberg so lebenswert, besonders in der Zeit, in der sich unsere Bevölkerung für andere Kulturen weit öffnen und Verständnis zeigen muss.

Die CSU stimmt dem Vermögens- und Verwaltungshaushalt sowie der Finanzplanung bis 2021 uneingeschränkt zu.

Wir als Stadt Penzberg haben uns für die nächsten Jahre viel vorgenommen. Ich bin überzeugt davon, dass wir auch viel schaffen werden...
Am besten..... Zusammen

Denn....Wir sitzen alle hier in einem Boot. Vielen Dank.

4.) Grüne-Stadtratsfraktion:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, liebe Mitarbeiter der Verwaltung, liebe Bürger,

Wir haben überlegt, ob wir die Haushaltsrede vom letzten Jahr einfach nochmal halten wollen: Ein Gesamtkonzept für die Kinderbetreuung, die Ablehnung der Straßenausbaubeitragssatzung, eine sparsame Sanierung des Metropols und die drohenden Steuerrückzahlungen sind heute noch genauso aktuell wie vor einem Jahr. Insbesondere das Damokles-Schwert der Steuerrückzahlung an Roche droht uns nicht nur weiterhin, sondern ist mit 53 Mio. (ca. 60 Mio. mit Zinsen) Streitwert weiter gewachsen und wächst jährlich um über 3 Mio. Zinsen. Nicht nur, dass der Zinssatz von 6% in heutigen Zeiten völlig unrealistisch ist, sondern die Zeit, die die Gerichte heutzutage benötigen, um die Rechtslage zu klären, ist katastrophal. Wir Kommunen sind hier ein Spielball der Gerichte und der Politik.

Nichtsdestotrotz müssen wir ausreichend Rücklagen bilden, um für den Worst Case einer vollständigen Steuerrückzahlung gewappnet zu sein. Die einzige positive Entwicklung ist, dass inzwischen selbst die bayerische CSU eingesehen hat, dass

Straßenausbaubeitragssatzungen kein Zwang sein dürfen, da sie unserer Meinung nach für die Bürger unzumutbare Belastungen darstellen. Wir können froh sein, dass wir diese Satzung noch nicht verabschiedet haben!

Trotz der finanziell schwierigen Lage gibt es 2 Aufgaben, die wir für wichtig halten:

Die Zahl der Krippen-, Kindergarten- und Hortgruppen wächst seit Jahren. Trotz mehrfacher Forderung haben wir bis heute kein Gesamtkonzept für die kommenden Jahre: Wir weisen kontinuierlich Baugebiete aus und wundern uns über den ständig steigenden Kinderbetreuungsbedarf. Das Baugebiet an der Freiheit (ehemaliger FC-Platz) ist bezugsfertig, in absehbarer Zeit folgt das Baugebiet Birkenstr. West. Und wieder werden wir ganz überrascht sein, dass der Bedarf steigt und uns die Container- und Notgruppen erhalten bleiben. Und dann werden wir voraussichtlich feststellen, dass es sinnvoll gewesen wäre, im Baugebiet Birkenstr. West eine Kita vorzusehen. Daher fordern wir erneut ein Gesamtkonzept für die Kinderbetreuung für die nächsten Jahre unter Berücksichtigung der baulichen Entwicklung in Penzberg.

Und wir möchten an unseren – scheinbar in Vergessenheit geratenen – Antrag zur Einrichtung eines Ganztagsangebots in der Grundschule Südstraße erinnern, um die Problematik der steigenden Anzahl von Hortgruppen durch ein pädagogisch wertvolles Konzept zu lösen, das keine Aufbewahrung von Schülern ist, sondern die Kinder fördert und die Integration von Migrantenkindern unterstützt.

2.) Die Kreditaufnahme für den Neubau des Hallenbades und die damit verbundenen Finanzierungskosten sind unsinnig, wenn so viel Geld aktuell nutzlos auf dem Konto der Stadt liegt. Sollte ein Neubau erfolgen, so sollten wir dem KU finanziell unter die Arme greifen, damit der Schuldendienst sich nicht auf die Eintrittspreise auswirkt, denn eines liegt uns besonders am Herzen: unser Bad muss ein Familienbad bleiben, das sich jeder leisten kann.

Doch nun noch zu einem anderen Thema, das besonders Klaus Adler und mir am Herzen liegt: Die Zusammenarbeit.

Der Trend ist leider eindeutig zum Negativen. So werden wir Stadträte sehr einseitig informiert, wie z.B. bei Tempo 30: Mails von Bürgern *gegen* Tempo 30 werden sofort an uns weitergeleitet, *für* Tempo 30 nur sporadisch und nach Aufforderung, die Meinung des Landratsamts dazu wurde gefiltert und das Schreiben von Minister Dobrindt bekamen wir erst viele Monate später auf unseren Druck hin.

Auch dass Sie, Frau Bürgermeisterin, sich bei unserem Beschluss zur Sondernutzungssatzung an die Rechtsaufsicht gewandt haben nur weil Ihnen unsere Entscheidung missfiel, finden wir keinen guten Stil.

Missfallen Ihnen Anträge von Fraktionen, so werden diese einfach nicht behandelt und die Konsequenzen waren bei der Lärmaktionsplanung offenkundig: Wir hatten in unserem Antrag für einen rechtlich wirksamen Tempo-30-Beschluss eine Ergänzung der Lärmmessungen und ein Verkehrskonzept gefordert, doch wurde dies ignoriert und Sie, Frau Bürgermeisterin verfasste den Beschluss auf ihre Art mit den bekannten Folgen: Das Landratsamt lehnte die Einführung von Tempo 30 ab, weil die Lärmmessungen unzureichend sind und ein Verkehrskonzept fehlt.

Aber nicht nur mit vielen von uns Stadträten gibt es Missstimmungen, erschreckenderweise hat sich inzwischen dieser Umgang mit Menschen auch auf einige Bürger ausgeweitet:

Wenn Sie die führenden Personen einer Vereinigung nicht mögen, dann haben selbst gemeinnützige und wichtige Organisationen wie der Asylhelferkreis oder Pro Innenstadt einen schweren Stand oder wenn Ihnen ein Bauvorhaben missfällt, dann werden Bauanträge einfach abgewiegelt, ohne sie dem Bauausschuss vorzulegen.

Mit diesem Verhalten, Frau Bürgermeisterin, ist keine erfolgreiche Politik möglich. Nur gegenseitiges Vertrauen, guter Wille und Unvoreingenommenheit ermöglichen ein konstruktives Miteinander. Wir leben in einer Demokratie, wo Meinungsvielfalt erlaubt ist und

Mehrheitsentscheidungen akzeptiert werden müssen. Und auch das Engagement der Bürger verdient mehr Wertschätzung und Unterstützung, auch wenn Ihnen die eine oder andere Person vielleicht nicht so sympathisch ist- wir sollten dankbar sein, dass wir solche engagierten Bürger haben!

Zum Schluss möchten wir uns ganz herzlich bei Herrn Blank und Frau Käser bedanken für die zuverlässige Erstellung des Haushalts unter erschwerten Bedingungen und bei den Kollegen des Haushaltsausschusses für die konstruktive Zusammenarbeit. Wir stimmen dem Haushalt zu.

Es gilt das gesprochene Wort

5.) BfP-Stadtratsfraktion:

Sehr geehrte Frau 1. Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates,

zu allererst einen großen Dank an Herrn Blank und sein Team sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die zu dem umfangreichen Planwerk von 600 Seiten beigetragen haben.

Auch noch einmal einen herzlichen Dank an alle Stadtratsfraktionen die Beschlussfassung zum Haushalts- und Finanzplan in die heutige Sitzung zu verschieben. Ich kann mich sehr gut an die letzte Haushaltsausschusssitzung erinnern, welchem Druck die Mitarbeiterinnen der Finanzverwaltung während der Abwesenheit des Kämmerers ausgesetzt waren.

Eine solide und nachhaltige Finanzwirtschaft ist die Grundlage jeder Tätigkeit einer Kommune. Sei es im Bereich der Daseinsvorsorge oder der wirtschaftlichen Betätigung unserer Stadt!

Denn nicht nur einmal im Jahr bei den Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuss und der heutigen Sitzung des Stadtrates geht es um einen sparsamen und wirtschaftlichen Umgang mit unseren Haushaltsmitteln; sondern auch im Rahmen des (unterjährigen) **Haushaltsvollzugs** geht es darum und ist dann überwiegend Hauptaufgabe der Verwaltung.

Wie in den Vorjahren auch darauf Bezug genommen, muss der Haushaltsplan 2018 realistisch und für die Verwaltung auch abarbeitbar sein. Es nutzt nichts viele Projekte vorzusehen, damit Finanzmittel zu binden und die Chance der Realisierung des Großteils der Vorhaben schwindet!

II. Verwaltungshaushalt

Die Fixkosten der Stadt Penzberg belaufen sich zwischenzeitlich auf **20.971.100 €** (Vorjahr: 20.560.100 € (Gr.4,5,6). Mit den Zuschüssen (Gr. 7), die im Bereich der Kindererziehung Pflicht (6.097.700 €) sind, auf **27.068.800 €** (Vorjahr: 25.990.300 €). Tendenz steigend!

Wenn man die Kreis- und Gewerbesteuerumlage mit 20.890.000 € einbezieht, reden wir von **47.990.000 €!**

a) Bildung und Kultur

Wenn man die Unterabschnitte bzw. Bereiche im Verwaltungshaushalt ansieht, sind diese meistens defizitär. Darunter befinden sich aber Bereiche, die wir als Pflichtaufgabe und der Daseinsvorsorge bewältigen müssen. Genannt sei hierbei z.B. die Bildung bzw. das Schulwesen, die Kindererziehung, der Brandschutz, Jugendzentrum und Bücherei.

Dazu kommen die städt. Musikschule, die Volkshochschule und unsere Museen (Bergwerks- u. Stadtmuseum).

Grundsätzlich werden sich Änderungen im Bereich der Volkshochschule zwangsläufig ergeben. Als kleine Einheit wird es immer schwieriger am Markt zu überstehen und auf eine schwarze Null zu kommen. Ein größerer Verbund muss sich bilden!

Das Thema Museumsstiftung möchte ich dabei auch nicht unerwähnt lassen. Das wurde vor Jahren schon thematisiert; eine Möglichkeit um den städtischen Haushalt nachhaltig zu entlasten!

b) Personalkosten

Sanken die Personalkosten im letzten Jahr wegen der Übertragung des Wellenbades an das KU und damit auch der Übertragung des entsprechenden Personals auf **9.001.600 €**, **so steigen diese wegen Neueinstellungen im Rathaus auf 9.462.300 €**. Das im Jahre 2011 von der Verwaltung zugesagte Personalentwicklungskonzept, wurde bis heute nicht vorgelegt. Es wäre wünschenswert, wenn unser neuer Personalmitarbeiter, Herr Rainer Knapp, sich dem Thema annehmen könnte.

Das Personalentwicklungskonzept ist aus unserer Sicht enorm wichtig, weil die Investitionskosten im Jahr 2018 von rd. 21,8 Mio. € auf rd. 7.07 € Mio. € sinken und dies zwangsläufig zu einem höheren Personalschlüssel, insbesondere in der Bauverwaltung, führt.

III. Vermögenshaushalt

a) Brandschutz

Der Brandschutz spielt nicht nur im Haushaltsjahr 2018 mit einer veranschlagten Summe in Höhe von 710.000 € (Fahrzeugbeschaffungen, bewegl. Anlagenvermögen) eine große Rolle. Mit dem Grundsatzbeschluss des Stadtrates zur Machbarkeit eines Blaulichtzentrums, stehen uns in den nächsten Jahren auch wichtige Entscheidungen ins Haus. Hier gilt es gut überlegt zu entscheiden, damit dieses große und bedeutende Projekt für Penzberg nicht zu einem Millionengrab wird!

b) Spielplätze

Unserem Antrag vom 21.06.2017 zur Sanierung und Modernisierung der städtischen Spielplätze wurde am 10.10.2017 im SBV-Ausschuss zugestimmt. Hier sind immerhin 160.000 € im Haushaltsplan veranschlagt! Wir freuen uns für alle Kinder und deren Eltern, die nicht mehr auf attraktivere Spielplätze in den kleineren Nachbargemeinden ausweichen müssen!

b) Wellenbad

Das Wellenbad ist Penzberg. Ein Schwimmbad das wir brauchen! Man muss keinen Hehl daraus machen, dass auch unser Wellenbad und ggf. künftig ein neues Schwimmbad ein Defizit erwirtschaftet. Da ist nichts anders als wie bei den Bädern in der näheren und weiteren Umgebung.

Mit der Zustimmung im Stadtrat zu unserem Antrag auf Investitionskostenbeteiligung vom 30.10.2017 wurde ein erster Schritt in die richtige Richtung zur Minimierung des künftigen Defizites gemacht. Leider sind aber im Haushalts- und Finanzplan nur 3,0 Mio. € berücksichtigt. Für eine nachhaltige und wirksame Entlastung der Kommune, die künftig das Defizit zu 100 Prozent dem Kommunalunternehmen erstatten muss, sollten auch bei den nächsten Haushaltsberatungen Mittel eingeplant werden. Die Verwaltungsratsmitglieder sind auch hier gut beraten, wenn die Kreditaufnahmen für diese Baumaßnahme so gut es geht reduziert werden. Nur so können wir unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie alle Besuchern (Schülern, Familien, etc.) moderate Eintrittspreise anbieten.

c) Wohnungswesen

Mit den Kommunalen Wohnraumförderprogramm (KommWFP) hat die Stadt Penzberg nun die große Chance kostengünstigen Wohnraum zu schaffen. 30 Prozent Zuschüsse gibt es vom Freistaat nicht nur auf die Baukosten sondern auch auf das von der Stadt zur Verfügung gestellte Grundstück vom Verkehrswert.

Wir sind froh und glücklich darüber, dass der Stadtrat nicht nur unserem Antrag vom 13.11.2016 für das Objekt Bürgermeister-Rummer-Str. 28-30 (das gut 10 Jahre leer steht) zugestimmt hat, sondern auch dem von uns vorgeschlagenen Weg bei dem Baugebiet Birkenstraße bei de 80 Wohnungen errichtet werden. Zuletzt im Rahmen der Haushaltsberatungen hat der Haushaltsausschuss auch unserem Antrag vom 04.12.2017 auf Inanspruchnahme dieses Förderprogramms für die Aufstockung unseres Objektes in der Sigmundstraße zugestimmt.

Der Bedarf an fehlenden kostengünstigen Wohnraum kann dadurch stark gemildert werden. Dafür herzlichen Dank!

d) Straßenausbaubeitragssatzung (STRABS)

Das Thema Straßenausbaubeitragssatzung hat nicht nur den Stadtrat sondern auch den SBV-Ausschuss in 6 Sitzungen seit dem Jahr 2015 beschäftigt.

Straßenausbaubeitragssatzung: Erlass
[Beschlussvorlage WLA/082/2016](#)

Straßenausbaubeitragssatzung: Erlass
TOP 9 (O) aus Sitzung 29.11.2016 Stadtrat

Einführung einer Straßenausbaubeitragssatzung für die Stadt Penzberg: Beschluss
[Beschlussvorlage 3/202/2016](#)

Einführung einer Straßenausbaubeitragssatzung für die Stadt Penzberg: Beschluss
TOP 6 (O) aus Sitzung 27.09.2016 Stadtrat

Vorberatung über die Einführung einer Straßenausbaubeitragssatzung für die Stadt Penzberg
[Beschlussvorlage 3/112/2015](#)

Vorberatung über die Einführung einer Straßenausbaubeitragssatzung für die Stadt Penzberg
TOP 13 (O) aus Sitzung 08.12.2015 Ausschuss für Stadtentwicklung-, Bau- und Verkehrsangelegenheiten

Straßenausbaubeitragssatzung: Erlass
TOP 9 (O) aus Sitzung 29.11.2016 Stadtrat

Einführung einer Straßenausbaubeitragssatzung für die Stadt Penzberg: Beschluss
TOP 6 (O) aus Sitzung 27.09.2016 Stadtrat

Vorberatung über die Einführung einer Straßenausbaubeitragssatzung für die Stadt Penzberg
TOP 13 (O) aus Sitzung 08.12.2015 Ausschuss für Stadtentwicklung-, Bau- und Verkehrsangelegenheiten

Sie, Frau 1. Bürgermeisterin, haben sich für den Erlass dieser Satzung ausgesprochen und nichts unversucht gelassen dies durchzusetzen. Sei es mit der Unterstützung des Landratsamtes, der 1. Bürgermeisterin Vanni als Fürsprecherin für den Erlass und sogar die Androhungen der persönlichen Haftung eines

Wir, die BfP-Fraktion, sind froh, dass wir in dieser Sache für unsere Bürgerinnen und Bürger mit unserem steten NEIN eine klare Linie gefahren sind!

Und so wie es derzeit aussieht, werden hier neben den gesetzlichen Regelungen auch finanzielle Kompensationen durch den Freistaat Bayern in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden kommen.

e) Schulden

Die Stadt Penzberg ist nach den derzeitigen Planungen zum 31.12.2019 schuldenfrei! Etwas beängstigend steht für das Kommunalunternehmen am Ende des Finanzplanungszeitraums 2021 ein **Schuldenstand in Höhe von rd. 72,7 Mio. €** in den Büchern.

Nur rd. 20 Mio. € beziehen sich auf die Bereiche Wasserver- und Abwasserentsorgung. Hier liegt aufgrund des Kommunalabgabengesetzes und der vorgeschriebenen Kostendeckung kein Risiko vor.

Bitte Bedenken Sie, dass die Stadt Penzberg für das Kommunalunternehmen Stadtwerke Penzberg zu 100 Prozent die Gewährträgerschaft übernimmt!

Neben diesen großen finanziellen Themen bzw. Projekten die uns bis 2021 begleiten, müssen wir auch immer an die sogenannten Folgekosten und auch an Kosten für die zwangsweise notwendige Infrastruktur denken!

Meine Damen und Herren!

Auch wenn die Regierungsbildung auf Bundesebene derzeit noch nicht abgeschlossen ist, zeichnet sich ab, dass der in vielen Wahlprogrammen formulierte Anspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter auf Bundesebene weiter verfolgt wird. Dabei steht aus kommunaler Sicht zu befürchten, dass die drängendsten Fragen im Vorfeld nicht geklärt werden. Darunter u.a. auch die Kostenfrage!

Im Hinblick auf die rd. 6,1 Mio. € die wir in die Kinderbetreuung bereits investieren, können auch hier weitere Kosten auf uns zu kommen.

Abschließend sei nur kurz unser möglicher Gewerbesteuerrückzahlungsfall erwähnt, den wir jedoch auch sicher meistern können. In der Folge werden wir zwei harte Jahre haben. **Dieser Fall muss kein Einzelfall sein oder bleiben.** Dafür muss auch in Zukunft vorgesorgt werden; seriös und nachhaltig!

Obwohl es auch oft in der Diskussion im Stadtrat oder in der Presse untergeht ist die Wirtschaftsförderung gerade für unseren Mittelstand von großer Bedeutung. Denn gerade der Mittelstand ist es, der auch rund 10 Mio. € Gewerbesteuer pro Jahr zahlt. Und das verlässlich und ohne große Schwankungen!

Die Stadtratsfraktion der Bürger für Penzberg stimmt dem vorliegenden Haushalts- und Finanzplan zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Stadtratsfraktion Parteilose Wählervereinigung
BÜRGER FÜR PENZBERG e.V.**

Rüdiger Kammel

Wolfgang Sacher

Manfred Reitmeier

Reinhard Mende

6.) Freie Fraktion-Stadtratsfraktion:

Sehr geehrte Frau 1.te Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr 2.ter BGM, sehr geehrter Herr 3.ter BGM, sehr geehrte Stadtratskolleginnen und -Kollegen, liebe Gäste,

Herr Jack Eberl, der als Vertreter bei den Haushaltsberatungen war, hat diese Haushaltsrede vorbereitet und kann Sie leider nicht selbst halten, da er sich im Ausland befindet. Ich werde die Haushaltsrede im Namen der Freien Fraktion und dem Verfasser Herrn Eberl halten.

Wenn wir uns heute den Haushalt genauer anschauen und dabei entdecken, dass wir im Augenblick Rücklagen von rund 41 Millionen Euro haben, dann könnte man tatsächlich meinen: Penzberg schwimmt im Geld.

Und würde es die drohende Gewerbesteuerrückzahlung nicht geben, wäre dies auch der Fall.

So aber wissen wir noch nicht, ob von den 41 Millionen überhaupt etwas übrig bleibt. Deshalb dürfen wir uns, auch in Anbetracht der wirtschaftlich, sehr guten Zeit und der Rücklagenhöhe nicht zu Höhenflügen verleiten lassen. Sollte die drohende Gewerbesteuerrückzahlung kommen, so müssen wir wahrscheinlich derzeit einige Mio. Euro aus dem Verwaltungshaushalt entnehmen, um diese Last decken zu können. Deshalb sehen wir auch den Finanzplan für die Jahre 2019 bis 2021 nicht in Stein gemeißelte Prognose, sondern als Richtschnur an, da sich die Steuerentwicklung nur schwer vorhersehen lässt und die realen Einnahmen der nächsten Jahre uns erst zeigen können, was realisierbar ist.

Und deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir uns für diesen Ernstfall wappnen und in diesem Zusammenhang, dass mit den – vielleicht nur vorübergehend vorhandenen Geldern – keine allzu großen Begehrlichkeiten geweckt werden.

Genauso wichtig ist es aber auch, dass wir unseren Verpflichtungen nachkommen – und damit meinen wir nicht nur die Pflichtaufgaben einer Kommune, sondern auch die freiwilligen Leistungen, denn die machen aus einem reinen Verwaltungskonstrukt erst ein funktionierendes und soziales Gemeinwesen.

Und hier sind wir nicht schlecht aufgestellt: Wir haben im vergangenen Jahr über 6 Millionen Euro im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt an freiwilligen Leistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger ausgegeben. Das ist eine stolze Zahl, die sich sehen lassen kann. So sehr wir uns für die Rückzahlung der Gewerbesteuer wappnen, so sehr müssen wir in diesem Jahr aber auch einige größere Projekte angehen oder zumindest den Grundstein dafür legen.

Ganz oben in der Prioritätenliste steht dabei die Musikschule, für die nun endlich eine dauerhafte Lösung gefunden werden muss – für uns, der Freien Fraktion kann diese Lösung nur das Metropol-Kino sein. Wir würden uns freuen, wenn eine Mehrheit in diesem Gremium dies auch so sehen würde und die Suche nach ohnehin nicht tauglichen Alternativen nicht wieder von vorne beginnen würde. Für die Musikschule brauchen wir eine Entscheidung – und zwar jetzt.

Im Gegensatz zur Mehrheit in diesem Gremium sind wir auch nach wie vor der Meinung, dass ein Ratsbegehren zum Wellenbad bereits zum jetzigen Zeitpunkt richtig ist – und nicht erst nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts. Ungeachtet dessen haben wir aber kein Problem damit, den im Jahr 2018 vorgesehenen Zuschuss an die Stadtwerke für den Neubau eines Schwimmbads in Höhe von 3 Millionen Euro mitzutragen.

Positiv sehen wir natürlich auch den geplanten Umbau der Layritz-Halle in ein Blaulichtzentrum – ein Leuchtturmprojekt nicht nur für Penzberg, sondern für ganz Bayern. Dies wird mit Sicherheit eines der größten Projekte, welches die Stadt zu stemmen hat. Doch die Finanzierung dieses Vorhabens muss für uns auch leistbar sein, damit wir diesem auch zustimmen können. Deshalb appellieren wir bereits jetzt an die Verwaltung, die Planung von Anfang an mit äußerster Sorgfalt anzugehen, damit wir auch nicht die kleinste Kleinigkeit übersehen und somit die größtmögliche staatliche Förderung erhalten. Das Projekt um hier zustimmen zu können muss bezahlbar sein.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

Unsere noch sehr junge Fraktion spricht sich auch klar für Investitionen bei den Stauanlagen am Kirnberger Weiher, am Huber See und am Strangenweiher aus, auch wenn diese

Investitionen die Millionengrenze in den nächsten Jahren überschreiten werden. Wir wollen dieses Naherholungsgebiet für unsere Bürger dauerhaft erhalten, mit all den dort auch bisher gebotenen Freizeit- und Erholungseinrichtungen.

Ein ganz anderes Thema liegt unserer Freien Fraktion schwer im Magen. Hier müssen wir dringend handeln. Wichtig ist aus unserer Sicht ein wirkungsvolles und starkes Signal gegen den Wohnungsnotstand in Penzberg. Derzeit sind rund 200 Menschen in Penzberg als Wohnungssuchende gemeldet – die Chancen, dass alle von ihnen schnell ein bezahlbares Dach über dem Kopf finden, ist leider sehr gering.

Wir freuen uns deshalb, dass die Staatsregierung die Probleme auf dem Wohnungsmarkt erkannt und ein kommunales Wohnbauförderprogramm mit einem Volumen von 600 Millionen Euro bis zum Jahr 2019 aufgelegt hat.

Warten wir darum nicht, bis diese Mittel aufgebraucht sind oder dieses Förderprogramm ausgelaufen ist. Gehen wir es jetzt schnell an.

Lassen Sie uns deshalb noch in diesem Frühjahr die Weichen stellen für einen Neubau an der Bürgermeister-Rummer-Straße für die Hausnummern 26-30, die schon seit zwei Jahren unbewohnt sind.

Für dieses Projekt sind Gesamtkosten von 1,7 Millionen Euro veranschlagt – die Verwaltung ist hier bereits sehr aktiv und hat bereits 510.000,00 € Fördergelder für diese Projekt bekommen.

Aber auch weitere Projekte könnten vielleicht bald in Angriff genommen werden. Derzeit gibt es bis zu 35 Prozent an Zuschüssen und bis zu 60 Prozent an zinsverbilligten Darlehen.

Um nicht noch mehr Zeit zu verlieren, schlagen wir hier die Planung über externe Projektentwickler vor, denn auch diese Kosten sind teilweise förderfähig.

Zum Beispiel gibt es am östlichen Ortsausgang von Penzberg eine Möglichkeit, größere Flächen im Rahmen eines Einheimischenmodells oder sozialen Wohnungsbau umzusetzen. Ob ein Einheimischenmodell funktioniert nach den heutigen Auflagen und Richtlinien wird sich zeigen. Auf jeden Fall sind nach unseren Informationen die Eigentümer von Wiesen oder Flächen bereit dazu. Auch hier sollten wir keine Zeit mehr verlieren, um Wohnen für unsere Bürger bezahlbarer zu machen.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

abschließend möchten wir auf ein Problem hinweisen, das uns von der Freien Fraktion offenbar mehr beunruhigt als so manchen hier in diesem Raum: Ich spreche von der Zukunft unserer Innenstadt. Der aktuelle Leerstand in der Bahnhof- und der Karlstraße ist besorgniserregend.

Wenn wir hier nicht sofort handeln, setzen wir hier möglicherweise eine Bewegung in Gang, die wir vielleicht nicht mehr umkehren können.

Natürlich wissen auch wir, dass man einen Eigentümer einer Immobilie nicht groß vorschreiben kann, an wen der Eigentümer vermietet. Aber waren wir nicht immer stolz darauf, dass Penzberg eine pulsierende Einkaufsstadt im Oberland war?

Sehen Sie ! Und wenn unsere Stadt das auch in Zukunft sein will, dann dürfen wir nicht tatenlos zusehen, sondern müssen dafür auch etwas tun.

Denn das hat nicht nur Auswirkungen auf unsere Innenstadt, sondern ganz nebenbei auch noch erfreuliche Auswirkung auf unsere Gewerbesteuer. Wir müssen in der Zukunft weg von dieser Art „Gewerbesteuer-Monokultur“ wie wir sie hier in Penzberg anfinden. Dahingehend brauchen wir dringend weitere Gewerbesteuerzahler. „Kleinvieh macht auch Mist“ oder besser, auf die ehemalige Bergwerksstadt Penzberg gemünzt, können wir sagen „Unter Druck wird Kohle zu Diamanten“. Setzen wir uns deshalb mit Nachdruck dafür ein, dass diese Diamanten wieder in der Innenstadt zu finden sind.

Wir die Freie Fraktion haben dazu bereits eine gute Idee, die es schon einmal mit Erfolg gibt und wir sicherlich bald mit einem Antrag dazu in den Stadtrat kommen werden.

Positiv stimmt uns dahingehend auch, dass wir bei der Umsatz- und Einkommenssteuerbeteiligung ein plus von über 1 Mio. im abgelaufenen Jahr verzeichnen konnten. Diese Steuern sind mit fast 16 Mio. ein starkes Standbein in unserem Haushalt, welche bei weitem nicht so schwankungsanfällig sind wie die Gewerbesteuer.

Und deshalb fordern wir, wie gesagt mit Nachdruck, dass die Stadt- und Wirtschaftsförderung inklusive eines Leerstandsmanagements wieder professionell und nicht als Anhängsel durch die 1. Bürgermeisterin betrieben wird.

Wir hoffen dabei auf eine möglichst breite Unterstützung aus den Reihen dieses Gremiums. Ungeachtet dessen darf ich Ihnen aber mitteilen, dass die Freie Fraktion dem Haushalt sowie der damit verbundenen Finanzplanung unbehaltlos ihre Zustimmung erteilt, damit die notwendigen Maßnahmen und Projekte für unsere Stadt in ausgewogener Form festgelegt und ihre Finanzierung auf gesicherte Beine gestellt kann.

Sehr geehrte Frau Erste Bürgermeister, meine Damen und Herren,
im Namen der Freien Fraktion danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Penzberg für die erheblichen Anstrengungen und die hohe Kooperationsbereitschaft, die sie bei der Aufstellung des Haushaltsplans erbracht haben. Bedanken möchten wir uns bei Ihnen Frau 1.te Bürgermeisterin Frau Zehetner, beim Kämmerer Herrn Blank, sowie beim Vorstand des Kommunalunternehmens, Herrn Vilgertshofer, und ihren jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement und die sehr gute Zusammenarbeit mit dem Stadtrat.

Vielen Dank im Namen auch von Herrn Eberl

*Es gilt das gesprochene Wort

*vorgelesen von André Anderl

4. Beschluss:

Beschluss zu a)

Der Stadtrat beschließt den Haushalt 2018 sowie die Finanzplanung 2017-2021 und die Haushaltssatzung.

Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0

Beschluss zu b)

Der Stadtrat führt die Steuersätze wie bisher fort.

Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0

Beschluss zu c)

Der Stadtrat erhöht den Kassenkredit auf 7.000.000 €.

Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0

13.1 Wahlzeit: Beendigung und Neuwahlen

1. Vortrag:

Bereits im Herbst des letzten Jahres endete nach der Wahlordnung die zweijährige Amtszeit des Jugendparlaments. Demzufolge wurde von den derzeitigen Mitgliedern des Jugendparlaments und dem Familienbüro versucht eine ausreichende Anzahl von Kandidaten zu akquirieren, um eine Neuwahl durchführen zu können und damit einen reibungslosen Übergang zu ermöglichen. Zum Bedauern der Verwaltung hatten die Bemühungen nicht den gewünschten Erfolg, sodass die erforderliche Anzahl von Interessenten für ein Jugendparlamentsmandat nicht gewonnen werden konnten.

Nunmehr ist beabsichtigt die Bemühungen zu intensivieren, um damit Jugendliche zur Mitarbeit im Rahmen des Jugendparlaments zu gewinnen. Es ist angedacht gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern der Schulen und den bei der Verwaltung vorgemerkten interessierten Bewerbern werden Projekte zum Thema „Jugend und Politik“, „Jugendmanagement in der Stadt“, etc. innerhalb des Unterrichts ausgearbeitet. Damit sollen das Interesse an einer aktiven Mitwirkung im kommunalen Willensbildungsprozess geweckt, Berührungspunkte mit politischen Themen abgebaut und die Begeisterung für eine mögliche Kandidatur und Wahl entfacht werden. Als Zeitpunkt für einen neuerlichen Anlauf zur Wahl eines Jugendparlaments erscheint der Juli als sinnvoll, da in diesem Monat viele Jugendliche ihre vorläufigen weiteren Zukunftsplanungen abgeschlossen haben und damit die Verfügbarkeit geklärt ist. Ferner ist beabsichtigt im Zuge des Erlasses einer neuen Wahlordnung eine Reduzierung der Anzahl der Mitglieder des Jugendparlaments von 13 auf 9 zu thematisieren.

Das derzeitige Jugendparlament wurde über diesen Vorschlag in seiner Sitzung am 22.01.2018 unterrichtet und zeigte sich damit einverstanden. Nachdem die zweijährige Wahlzeit bereits überschritten ist, war sich das Jugendvertretungsgremium ferner darüber einig, das Jugendparlament in der jetzigen Zusammensetzung zum 30.01.2018 per Stadtratsbeschluss aufzulösen.

2. Beschlussvorschlag der Verwaltung:

a)

Der Stadtrat beschließt die Auflösung des jetzigen Jugendparlaments mit sofortiger Wirkung.

b)

Der Stadtrat beschließt die Durchführung von Neuwahlen zur Neugründung eines Jugendparlaments im Juli dieses Jahres und beauftragt die Verwaltung mit der vorgeschriebenen Vorgehensweise eine ausreichende Anzahl von Kandidaten zu akquirieren, sowie die Wahl vorzubereiten und durchzuführen. Im Zuge der Beratungen zum Erlass einer neuen Wahlordnung wird eine Reduzierung der Mitgliederanzahl von 13 auf 9 thematisiert.

3. Beschluss:

a)

Der Stadtrat beschließt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zum Beschluss zu erheben.

Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0

b)

Der Stadtrat beschließt die Durchführung von Neuwahlen zur Neugründung eines Jugendparlaments im Juli dieses Jahres und beauftragt die Verwaltung mit der vorgeschriebenen Vorgehensweise eine ausreichende Anzahl von Kandidaten zu akquirieren, sowie die Wahl vorzubereiten und durchzuführen. Im Zuge der Beratungen zum Erlass einer neuen Wahlordnung wird eine Reduzierung der Mitgliederanzahl auf 11 thematisiert.

Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0

13.2 Öffentliche Grillplätze: Entscheidung

1. Vortrag:

Das Jugendparlament beantragt die Errichtung von Grillplätzen am Eizenberger Weiher, am Kirnberger Weiher, am Stockweiher sowie an der Loisach bei Schönmühl.

Die Verwaltung hat sich mit den genannten Standorten befasst. Hierbei wurde auch zusätzlich die erneute Errichtung des Grillplatzes an der Berghalde diskutiert, allerdings wieder verworfen mangels Attraktivität des Standortes. Unter diesem Aspekt erscheinen der Eizenberger Weiher und der Kirnberger Weiher zur Errichtung von Grillplätzen geeigneter. Beim Kirnberger Weiher ist auch die Erstellung eines Grillplatzes am Südufers denkbar, falls dieser der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Damit würde auch den Campern als zusätzliches Angebot die Möglichkeit zu einer Nutzung eröffnet werden. Als weiterer Vorschlag wurde auch ein Grillplatz im nördlichen Anschluss zum Inselweiher diskutiert. Allerdings müsste dies vorab mit den Pächtern abgesprochen werden.

Ein Grillplatz am Stockweiher wird aus naturschutzrechtlichen Belangen als kritisch erachtet. Die Errichtung eines Grillplatzes im Bereich der Loisach bei Schönmühl ist nicht möglich, da sich die betreffenden Grundstücke nicht im Eigentum der Stadt Penzberg befinden.

Vorbehaltlich der Ergebnisse der brandschutzrechtlichen Abfrage und der Installierung von Müllgefäßen ist zunächst ein probeweiser Betrieb am Inselweiher sowie dem Eizenberger Weiher einen Versuch wert. Um andere Badegäste nicht zu beeinträchtigen, könnten analog der Vorgaben am Starnberger See die Grillaktivitäten am Eizenberger Weiher erst zu den Abendstunden erlaubt werden.

Die Vertreter des Jugendparlaments werden in der Sitzung zu dem Ergebnis der brandschutzrechtlichen Abfrage sowie zu den genauen Standorten nochmals detailliert Stellung nehmen.

2. Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Stadtrat beschließt zunächst die Errichtung von Grillplätzen am Eizenberger Weiher sowie im nördlichen Anschluss zum Inselweiher unter Berücksichtigung der brandschutzrechtlichen und abfallwirtschaftlichen Erfordernisse, wie vom Jugendparlament vorgetragen.

3. Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, den Beschlussvorschlag der Verwaltung zum Beschluss zu erheben.

Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0

13.3 Nachtbus: Entscheidung

1. Vortrag:

Innerhalb des vergangenen halben Jahres ist mehrfach versucht worden den Nachtbus zu optimieren und besser zu bewerben. Dennoch stellte sich keine Erhöhung der Fahrgastanzahl ein. Bei insgesamt 32 Fahrten an 8 Fahrtagen konnten lediglich 62 Fahrgäste gezählt werden.

In einer Sitzung des Jugendparlaments vom 04.01.2018 erschien es deshalb angezeigt, die Konzeption in der jetzigen Form zu thematisieren. Hierbei wurde in Erwägung gezogen, den Nachtbus unter den gegebenen Voraussetzungen vorzeitig einzustellen. Da das Jugendparlament nicht beschlussfähig war erfolgte keine verbindliche Entscheidung. Auf Anregung der Verwaltung rief der Vorsitzende deshalb zu einer nochmaligen Sitzung am 22.01.2018 ein, in welcher der Vorgang nochmals genau gewürdigt und ein entsprechender Empfehlungsbeschluss für den Stadtrat gefasst wurde.

Initiator des Nachtbusprojektes war das Jugendparlament, das sich im Vorfeld hierzu ernsthafte Gedanken machte und mit großen Engagement das Projekt betrieb. Die Verwaltung vertritt deshalb die Auffassung, dass der Stadtrat dem Empfehlungsbeschluss des Jugendparlaments folgt.

2. Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Stadtrat beschließt dem Empfehlungsbeschluss des Jugendparlaments vom 22.01.2018 zu folgen und den Nachtbus mit sofortiger Wirkung einzustellen.

3. Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zum Beschluss zu erheben.

Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0

1. Vortrag:

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 24.10.2017 die Verwaltung beauftragt, unter Hinzuziehung der Träger öffentlicher Belange abzuklären, inwieweit die Grundlagen für ein Hotel am nordwestlichen Ortseingang im Rahmen einer Vorprüfung vorliegen. Im Anschluss daran sollte die Einleitung eines möglichen Bebauungsplanverfahrens im Ausschuss für Stadtentwicklung-, Bau- und Verkehrsangelegenheiten vorberaten werden.

Die Regierung von Oberbayern hat mit Schreiben vom 24.10.2017 gegenüber der Stadt Penzberg geäußert, dass bei einer Bebauung der vorgesehenen Fläche das Anbindungsgebot als Ziel der Raumordnung gem. § 1 Abs. 4 BauGB gewahrt ist. Diese, im Gegensatz zu früheren Stellungnahmen, modifizierte Rechtsauffassung kann aber auch als Indiz gewertet werden, dass andere Grundstücke im Stadtgebiet, die in der Vergangenheit bei diesem Bewertungskriterium ebenfalls als negativ beurteilt wurden ggf. doch als geeignete Flächen befürwortet werden können.

Infolge dieses Umstandes und der kontroversen Diskussion im Stadtrat hat sich die Verwaltung, vorbehaltlich der Zustimmung durch das Gremium, deshalb dazu entschieden, von der Festlegung auf eine potentielle Fläche zur Ansiedlung eines Hotels vorab Abstand zu nehmen.

Es wird deshalb von Seiten der Verwaltung die Auffassung vertreten, die Standortfrage generell neu zu überdenken. Als erster Anhaltspunkt können hierbei die bereits vorliegenden Standortvorschläge der Bürgerschaft und der politischen Parteien dienen, die im Vorfeld zum Bürgerentscheid Anfang 2015 bereits Gegenstand einer Würdigung waren. Darüber hinaus können und sollen in Folge neuer Erkenntnisse, städtebaulicher Entwicklungen oder geänderter eigentumsrechtlicher Situationen weitere Standortvorschläge von Bürgern und städtischen Institutionen an die Verwaltung gerichtet werden.

Als wichtiger Meilenstein in diesem Projekt ist beabsichtigt, dass nach einer entsprechenden Auswertung von Standortalternativen dann die Bürgerschaft über die in Frage kommende Fläche und damit über die Ansiedlung eines Hotels im Zuge eines Ratsbegehrens entscheidet. Damit der Prozess und alle wichtigen Belange die zur Meinungsbildung führen sorgfältig und unabhängig aufbereitet werden, soll ein professionell geführter Bürgerdialog und eine umfassende Bürgerbeteiligung auf neutraler Basis betrieben werden.

Die Verwaltung hat sich deshalb dazu entschieden das Beratungsbüro Hendricks & Schwartz GmbH, München, mit der initialen Analyse von Themen, Beteiligten und Prozessen mit einer ersten Leistungsstufe zu beauftragen. Diese beinhaltet die Darstellung vergangener und aktueller Diskussionen in allen Beteiligengruppen, die umfassende Bestandsaufnahme und Bewertung der verschiedenen Beteiligten und deren Position zum Vorhaben. Ferner ist hier auch eine vollständige Medienauswertung inkludiert. Die Analyse erfolgt hierbei im Mix aus Auswertung und vorhandener recherchierten Unterlagen und Daten, sowie persönlicher Gespräche. In einer erweiterten Gesprächsrunde mit der Ersten Bürgermeisterin Elke Zehetner, den weiteren Bürgermeistern, sowie den Abteilungsleitern am 15.01.2017 erfolgte der Austausch von Informationen, Unterlagen und Daten.

In der Sitzung des Stadtrats am 30.01.2018 erfolgt nun die Vorstellung der Analyse.

Ziel ist,

- das Bekenntnis des Stadtrats zur Durchführung eines Dialogverfahrens für die Information, den Dialog und die Mitwirkung der Bürger der Stadt Penzberg zur Ansiedlung eines Hotels in Penzberg,

- dass die Fa. Hendricks & Schwartz als neutraler, externer Begleiter die Stadt Penzberg bei diesem Vorhaben unterstützt und beauftragt wird, ein Konzept inkl. Kostenplan für ein Dialogverfahren zu erstellen, das dem Stadtrat in seiner Sitzung am 27.02.2018 zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen ist,
- dass sich der Stadtrat zur Durchführung eines Ratsbegehrens nach Abschluss eines Dialogverfahrens bekennt und die Verwaltung beauftragt wird, ein solches vorzubereiten sowie die notwendigen Maßnahmen für die dann notwendigen Beschlüsse ergreift,
- ein Aufruf an die Bevölkerung bis zum 15.02.2018 weitere Standortvorschläge zur Ansiedlung eines Hotels einzureichen
- und dass die Verwaltung beauftragt wird in Vorbereitung des Bürgerdialogs alle 41 bislang bekannten Standorte neu zu bewerten und nach den Kriterien Verfügbarkeit, Anbindung und behördliche Einwendungen zu filtern.

2. Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Stadtrat beschließt

- a) die Durchführung eines Dialogverfahrens für die Information, den Dialog und die Mitwirkung der Bürger der Stadt Penzberg zur Ansiedlung eines Hotels in Penzberg,
- b) die Beauftragung der Fa. Hendricks & Schwartz mit der Erstellung eines Konzepts inkl. Kostenplan für ein Dialogverfahren, das dem Stadtrat in seiner Sitzung am 27.02.2018 zu erläutern und zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen ist,
- c) die Durchführung eines Ratsbegehrens nach Abschluss des Dialogverfahrens und die Beauftragung der Verwaltung ein solches vorzubereiten, sowie die notwendigen Maßnahmen für die dann notwendigen Beschlüsse zu ergreifen,
- d) einen Aufruf an die Bevölkerung bis zum 15.02.2018 weitere, neue Standortvorschläge für zur Ansiedlung eines Hotels bei der Verwaltung einzureichen
- e) und in Vorbereitung des Bürgerdialogs die Verwaltung zu beauftragen, alle 41 bislang bekannten Standorte und die bis zum 15.02.2018 neu eingereichten Standorte neu zu bewerten und hierbei nach den Kriterien Verfügbarkeit, Anbindung und Behördliche Einwendungen zu filtern.

3. Sitzungsverlauf:

Der Geschäftsleiter Herr Reis und Herr Ahne von der EDV-Abteilung teilen mit, dass bereits eine eigene E-Mail Adresse für alle Hotelbelange angelegt worden ist. Unter hotel@penzberg.de können die Bürgerinnen und Bürger gezielt E-Mails schicken.

4. Beschluss:

- zu a) Der Stadtrat beschließt die Durchführung eines Dialogverfahrens für die Information, den Dialog und die Mitwirkung der Bürger der Stadt Penzberg zur Ansiedlung eines Hotels in Penzberg.

Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0

zu b) Der Stadtrat beschließt die Beauftragung der Fa. Hendricks & Schwartz mit der Erstellung eines Konzepts inkl. Kostenplan für ein Dialogverfahren, das dem Stadtrat in seiner Sitzung am 27.02.2018 zu erläutern und zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen ist. In der nichtöffentlichen Sitzungsvorlage sollen die Honorarvereinbarungen mitaufgenommen werden.

Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0

zu c) Der Stadtrat bekennt sich zur Durchführung eines Ratsbegehrens nach Abschluss des Dialogverfahrens.

Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0

zu d) Der Stadtrat beschließt einen Aufruf an die Bevölkerung bis zum 15.02.2018 weitere, neue Standortvorschläge für zur Ansiedlung eines Hotels bei der Verwaltung einzureichen

Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0

zu e) Der Stadtrat beschließt in Vorbereitung des Bürgerdialogs die Verwaltung zu beauftragen, alle 41 bislang bekannten Standorte und die bis zum 15.02.2018 neu eingereichten Standorte neu zu bewerten und hierbei nach den Kriterien Verfügbarkeit, Anbindung und Behördliche Einwendungen zu filtern.

Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0

Die Sitzung wird am Mittwoch, 31.01.2018 mit der Behandlung der Tagesordnungspunkte Ö 15 bis Ö 16.2 und der nichtöffentlichen Tagesordnung fortgesetzt.

Elke Zehetner
Erste Bürgermeisterin

Daniela Koller
Schriftführung